



FORTBILDEN • BEGLEITEN • VERNETZEN

**GEE JOURNAL** | [www.gee-online.de](http://www.gee-online.de)

1-2 | 2019

Titelthema

**Dauerauftrag: Demokratie**

Seiten 4-24



Einigkeit

Recht

Freiheit

Meinungsfreiheit

In der Demokratie bin ich und nicht das, was der Staat möchte

Das Grundgesetz ist die Bibel der Demokratie

Jeder sollte wählen gehen!

Zusammenhalt in der EU kann Diktaturen

Demokratie heißt: Die Probleme gemeinsam lösen

Demokratie heißt Entscheidung durch die Betroffenen

Demokratie befreit

GEE • Pädagogische Akademie

Gemeinsam • Evangelisch • Engagiert

# Der Mensch im Mittelpunkt: FORTBILDEN ■ BEGLEITEN ■ VERNETZEN

Die GEE – Pädagogische Akademie bietet Menschen aus pädagogischen Berufen und pädagogischen Einrichtungen Fortbildungen, Agentur- und Beratungsleistungen. Bei aller notwendigen Professionalität und dem Blick auf das System steht dabei der Mensch im Mittelpunkt. Ziel ist es, die Menschen in pädagogischen Handlungsfeldern fortzubilden, zu unterstützen und zu vernetzen.

## ... Fortbildung und Schulentwicklung

- Sie wollen im Kollegium an interessanten Themen arbeiten
- Sie wollen gemeinsam die Entwicklung Ihrer Schule voranbringen
- Sie suchen Unterstützung für Ihre Fortbildungsplanung
  
- Wir beraten Sie bei Themen und organisieren die Fortbildung für Sie
- Wir vermitteln kompetente Referentinnen und Referenten
- Wir begleiten Ihren Schulentwicklungsprozess nachhaltig

## ... Supervision und Coaching

- Sie suchen Unterstützung für Ihren Arbeitsalltag
- Sie wollen die eigene Rolle oder die Kommunikation im Team reflektieren
- Sie wollen neue Handlungsoptionen gewinnen
  
- Wir vermitteln Kollegiale Fallberatung, Coaching, Supervision
- Wir kooperieren mit erfahrenen Supervisor\*innen
- Wir ermutigen Sie, sich professionelle Beratung zu gönnen

## ... Unterstützung und Kooperation

- Sie haben ein Thema und suchen noch eine\*n Referent\*in
- Sie planen eine Fortbildung und benötigen ein Tagungshaus
- Sie brauchen für eine Projektidee Unterstützung
  
- Wir beraten Sie im Blick auf Expert\*innen und Tagungshäuser
- Wir organisieren Fortbildungen z. B. für Schulen, Schulämter oder Verbände
- Wir kooperieren mit anderen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen

## ... Mensch und Bildung

- Sie sind interessiert an philosophischen, gesellschaftlichen oder theologischen Themen
- Sie suchen den Kontakt und Austausch mit interessierten und interessanten Menschen
- Sie wollen eine Fortbildung auch für ihre persönliche Horizonterweiterung nutzen
  
- Wir bieten Fortbildungen zu unterschiedlichen Themen
- Wir organisieren und vermitteln Studienreisen ins In- und Ausland
- Wir laden neben Pädagog\*innen dazu auch andere Interessierte ein

## ... Erinnerung und Begegnung

- Sie sind am Gespräch mit dem Judentum interessiert
- Sie wünschen sich Informationen und Anregungen für Ihren Unterricht
- Sie beschäftigen sich mit der deutschen Vergangenheit
  
- Wir laden Sie ein zum Dialog mit Menschen aus Judentum und Islam
- Wir beraten Sie bei der Planung von Schulprojekten und Gedenkstättenfahrten
- Wir machen fächerübergreifende Angebote zur Erinnerungs- und Gedenkkultur

## ... Kontakt und Beteiligung

- Sie melden sich zu einem unserer Angebote an
- Sie nehmen Kontakt zu uns auf und sagen uns, was Sie brauchen
- Sie möchten sich aktiv in unsere Arbeit einbringen
  
- Wir freuen uns über Ihr Interesse an einer Zusammenarbeit
- Wir sprechen gerne mit Ihnen über mögliche Formen der Kooperation
- Wir sind auf Menschen angewiesen, die mit uns gemeinsam engagiert sind

Angebote unter [www.gee-online.de](http://www.gee-online.de)

Liebe Leserin, lieber Leser,



## ... dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe

Schülerinnen und Schülern sagte in einer aktuell von der GEE durchgeführten Umfrage ein Zitat besonders zu: „Je weniger Informationen die Menschen in einer Demokratie erhalten, desto gefährdeter ist sie“ (Wolfgang J. Reus, Journalist). Gemeint sind wahre, fundierte, vielfältige Informationen. Bekämpfen müssen wir dagegen populistische Parolen und verdummende Halbwahrheiten und Lügen, vielleicht noch über Twitter dahingeworfen. Gerade dieser „Informations-Müll“ aber scheint hoffähig zu werden, schlägt sich in den Wahlergebnissen nieder und gefährdet die Demokratien. Eine Bildung zu mündigen, gut informierten, kritik- und entscheidungsfähigen Bürger\*innen muss schnellstens intensiviert werden, auch in der Schule.

100 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 75 Jahre Attentat auf Hitler, 70 Jahre Grundgesetz, 30 Jahre Wiedervereinigung, aber auch der 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs waren Anlass für uns, dieses Journal dem Thema „Demokratie“ zu widmen. Fundierte Beiträge zur Rolle des Protestantismus, der Entwicklung der Justiz, Bemühungen in Kirche und Religionsunterricht sowie des Bürgermeisters von Recklinghausen führen in das Thema ein.

Zahlreiche mutmachende Projekt verschiedener Schulen und eines Kinder- und Jugendparlaments zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der Erziehung zur Demokratie und des

Umgangs mit ihr. Eine von der GEE an den Schulen durchgeführte Umfrage, bei denen die Schülerinnen und Schüler Aussagen zur Demokratie bewerten sollten, veranschaulicht ihre realistische und hoffnungsvolle Einstellung zum Thema. Sie, liebe Leser, sind herzlich eingeladen, sich auch an dieser Umfrage zu beteiligen (Seite 23).

Ein „nachwachsendes“ Beispiel für die Würdigung der Demokratie in der Schule zeigt das Titelbild: Zum Jahrestag des Grundgesetzes ließ das St. Antonius-Gymnasium in Lüdinghausen auf dem Schulgelände einen mit Spruchbändern verzierten „Demokratiebaum“ pflanzen, der Schüler\*innen Tag für Tag daran erinnert, dass sich der Einsatz für unsere Demokratie lohnt.

Kritische Stellung beziehen mussten wir als Redaktionsteam zu dem „Protestantischen Aufruf zur Stärkung der Demokratie“ der EKD „Dein Glaube – Deine Demokratie!“ (siehe Seite 23). Auch hierzu würden wir uns über eine Rückmeldung von Ihnen sehr freuen.

Dieses Journal erscheint ausnahmsweise als Doppelnummer. Der Grund dafür ist nicht nur, dass wir Ihnen so viel Lesestoff bieten möchten, sondern darin, dass wir ab 2020 in den für Schulen günstigeren Erscheinungsrhythmus zu den Schulhalbjahren kommen wollen.

*Holm Schüler*

# Inhalt

	Seite
Wer sind wir? .....	2
Liebe Leserin, lieber Leser .....	3
<b>Titelthema:</b>	
<b>Dauerauftrag: Demokratie</b> .....	<b>4–24</b>
Demokratie leben – Der Beitrag des Protestantismus zur Entwicklung einer demokratischen Kultur .....	4–6
Die Unabhängigkeit der Justiz .....	6–9
Demokratie ist unsere Sache .....	9
Demokratie-Erziehung braucht mehr Religion an der Schule .....	10
Demokratie lernen – Partizipation gemeinsam gestalten! .....	11
Schülerinnen und Schüler fordern wahre Informationen und vernünftige Wähler .....	12–13
Demokratie an der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck – EGG .....	14
„Jugend debattiert“ – mehr als ein Wettbewerb .....	15–16
„Als einzelne Person kann man sowieso nichts verändern!“ ... oder doch? .....	16–17
Was ist Demokratie? Einige Äußerungen von Kindern einer dritten Klasse .....	18
Das Kinder- und Jugendparlament Recklinghausen .....	19
Ein Hain der Menschenrechte .....	20
Eid und Entscheidung .....	21
Erinnerungskultur – ein Beitrag zur Demokratie-Erziehung .....	22
Evangelisch für Demokratie – unsere Gedanken zum Aufruf der EKD .....	23
Nachrichten aus der GEE .....	24–25
Reisebericht Zypern – erleben und sehen! .....	26
Veranstaltungsangebote .....	27
Reiseangebote .....	28
Impressum .....	28

## Demokratie leben – Der Beitrag des Protestantismus zur Entwicklung einer demokratischen Kultur

von Traugott Jähnichen

Neuere religionssoziologische Studien legen den Eindruck nahe, dass insbesondere hoch religiös engagierte Menschen eher zu demokratiefernen Einstellungen neigen. Dies scheint vor allem bei eher konservativen Muslimen der Fall zu sein, gilt „jedoch nicht nur für die islamische Religionszugehörigkeit.“<sup>1</sup> Vielfach wird eine solche Haltung – insbesondere im Rückblick – auch für den deutschen Protestantismus, speziell für evangelische Theologen, diagnostiziert. So hat z. B. ein kirchenoffizielles Gremium festgehalten, dass deutsche Theologen „seit der französischen Revolution von 1789 und auch noch im Jahr 1934 meist einen scharfen Gegensatz ihrer Position zwischen einer Obrigkeit, welche ihre Hoheit und Gewalt unmittelbar von Gott habe ... auf der einen Seite und den Bürgern mit dem neuzeitlichen politischen Willen zur demokratischen Selbstorganisation auf der anderen Seite“<sup>2</sup> konstruiert haben. Diese Bewertung ist im Blick auf Deutschland weithin zutreffend, im Blick auf den Protestantismus insgesamt jedoch zu pauschal, da diesen durchaus eine Grundhaltung auszeichnet, welche eine demokratische Kultur fördert und vielfach sogar wesentlich hervorgebracht hat.

Es ist auffällig und wohl kaum ein Zufall, dass in der Neuzeit alle Länder, in denen sich eine demokratische Staatsordnung durchgesetzt hat, wesentlich protestantisch geprägt waren. Dies gilt in Europa insbesondere für

die Niederlande sowie für Großbritannien und nicht zuletzt für die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika. Vor diesem Hintergrund lässt sich die These einer Wahlverwandtschaft zwischen demokratieaffinen Einstellungen und einer protestantischen Kultur aufstellen, für die sich bereits im Zeitalter der Reformation frühe wirkmächtige Ansätze aufzeigen lassen.

Der protestantische Glaube hinterfragt innerhalb der Kirche jede Status-Differenz zwischen Geistlichen und Laien, indem durch die Taufe alle Christen grundsätzlich als Gleiche gelten. Diese Gleichheit der Christen schlägt sich nicht zuletzt in reformatorischen Kirchenordnungen nieder, nach denen die christliche Gemeinde die Aufgabe hat, Prediger zu berufen und ggf. abzuberufen und jeder Christenmensch das Recht hat, die christliche Lehre eigenständig zu beurteilen. In reformierten Kirchenordnungen wird diese Tendenz verstärkt, indem – deutlicher als im Luthertum mit einer gewissen Herausstellung des Pfarramtes – durch ein gegliedertes kirchliches Amt mit Ältesten, Diakonen, Lehrern und Pfarrern eine Einübung in demokratische Lebensformen für den Bereich der Kirche praktiziert wird. Ferner ist der Protestantismus als eine Bildungsbeziehung zu kennzeichnen, der durch die Konzentration auf das Wort und die Schrift sowie die Förderung einer allgemeinen Schulpflicht wesentliche Impulse für eine frühe Bildungsoffensive in Deutschland gesetzt hat. Bis in die Gegenwart zeigen soziologische Studien,



**Traugott Jähnichen**

Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

dass eine hohe Korrelation zwischen einer demokratieaffinen Grundhaltung und einer höheren Bildung besteht.<sup>3</sup> Schließlich ist auch der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, wie ihn Luther betont hat, explizit vor allem auf ein Verbot eines gewaltsamen Widerstandes bezogen, eine Mitsprache und ggf. ein Protest gegen Maßnahmen der Obrigkeit sind durchaus von Luther vorgesehen: „Denn der Obrigkeit darf man kein Widerstand leisten mit Gewalt, sondern lediglich mit der Kundgabe der Wahrheit.“<sup>4</sup>

Vor diesem kurz skizzierten Hintergrund lässt sich somit erklären, dass wesentliche demokratische Errungenschaften in der Neuzeit in starker Weise mit protestantischen Kulturen korrelieren. Hinzu kommt die bereits in der Zeit der Reformation grundlegend verankerte Unterscheidung von Kirche und Staat, die

eine unmittelbare religiöse – oft autoritäre – Einmischung der Kirche in die staatliche Ordnung, wie es vor der Neuzeit auch in Europa häufig der Fall gewesen ist, abgewiesen hat. Stattdessen spielt im Protestantismus, insbesondere in der reformierten Tradition, der Bundessgedanke eine zentrale Rolle. Aus den Bundesschlüssen Gottes mit den Menschen ergibt sich die Vorstellung, dass Menschen untereinander – gerade auch im politischen Bereich – Bundesschlüsse eingehen. Diese Konzeption hat in sehr grundsätzlicher Weise insbesondere in den von reformierten Traditionen geprägten Nationen den Weg zur Demokratie befördert.

Diese Nähe von Protestantismus und Demokratie lässt sich durchaus auch in Deutschland aufzeigen, wo im Rahmen der Befreiungskriege gegen Napoleon, anlässlich des Wartburgfestes von 1817 und nicht zuletzt im Rahmen der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 in überdurchschnittlicher Weise protestantische Theologen an den demokratischen Bestrebungen beteiligt gewesen sind. Die Niederlage der Demokraten in Deutschland jedoch hat zwischen 1848 und 1949 zu einer ausgesprochen antidemokratischen Restauration geführt, an der gerade auch protestantische Eliten wesentlich beteiligt gewesen sind. Im Blick auf diesen Zeitraum lässt sich die eingangszitierte Stellungnahme eines Gegensatzes von protestantisch-obrigkeitlicher Haltung einerseits und einem demokratischen Ethos andererseits durchaus rechtfertigen, was jedoch eher einen deutschen „Sonderweg“ betrifft und nicht den Protestantismus insgesamt kennzeichnet.

Vor dem Hintergrund der komplizierten deutschen Geschichte, die erst recht spät und unter dramatischen Rückschritten zu einer demokratischen Entwicklung geführt hat, wobei nicht zuletzt protestantische Theologen in grundsätzlicher Weise z. B. die

Weimarer Demokratie delegitimiert haben, erklärt sich der mühsame Weg des deutschen Protestantismus hin zu einer eindeutigen Bejahung der Demokratie. Die Barmer Theologische Erklärung im Jahr 1934 war mit ihrer fünften These ein erster, vorsichtiger Schritt zu einer demokratischen Öffnung, indem dort die maßgebliche Verantwortung der „Regierenden und Regierten“ (Barmen V) genannt wird, um für eine konstruktive Entwicklung der staatlichen Ordnung, die Recht und Frieden sichert, zu sorgen.

Was ist Demokratie? Das sagen Kinder einer dritten Klasse

**Demokratie heißt, sein Land gut behandeln. Es heißt, sich nicht direkt bedienen zu lassen. Es ist nicht das Beste, gleich den Krieg anzufordern.**

Nach 1945 waren es insbesondere von Karl Barth geprägte Theologen, welche die politischen Irrwege des deutschen Nationalprotestantismus mit einer antidemokratischen Grundhaltung, einer großen Distanz zur Arbeiterschaft und einer zu großen Nähe zum autoritären Staat kritisch hinterfragt haben. Als früher Beleg dieser Neuorientierung kann das Darmstädter Wort von 1947 gelten. Anders als in der Weimarer Republik haben aber auch ausgesprochen konservative Repräsentanten des Protestantismus durch ihre Einbindung vor allem in die Evangelischen Arbeitskreise (EAK) der CDU bzw. CSU einen Weg der Zustimmung zur Demokratie gefunden. Dies konnte etwa im Fall Helmut Thielicke sehr eindrücklich in einem liberal-konservativen, der Demokratie grundsätzlich aufgeschlossenen Haltung geschehen. Bei anderen Theologen, wie Walter Künneth, lässt sich immerhin eine mühsame Abkoppelung von autoritären Denkmustern in der Zeit zwischen den 1950ern und 1970er Jahren und eine Bejahung der demokratischen Ordnung konstatieren.

Insbesondere die von Karl Barth beeinflussten Theologen und Laien, in erster Linie ist hier an Gustav Heinemann zu denken, waren es, die den Protestantismus und große Teile der Kirche für demokratische und in diesem Kontext oft auch sozialdemokratische Optionen öffneten. Diese Entwicklung hat in Verbindung mit der Zustimmung des konservativen Protestantismus zur Demokratie schließlich dazu geführt, dass im Jahr 1985 die EKD-Denkschrift zum Thema „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ pointiert festgestellt hat, dass der demokra-

tische Staat eine große Nähe zum christlichen Menschenbild aufweist und „nur eine demokratische Verfassung ... heute der Menschenwürde entsprechen“<sup>5</sup> kann. Diese Denkschrift bringt die Nähe von Protestantismus und Demokratie nunmehr auch für den deutschen Protestantismus auf den Punkt, wie sie insgesamt mühsam, nach 1949 jedoch recht stetig entwickelt worden ist.

Dies gilt unter ganz anderen Bedingungen nicht zuletzt für den Protestantismus in der DDR, der spätestens seit den 1980er Jahren durch die Eröffnung demokratischer Freiräume unter dem Dach der Kirche ganz wesentlich zu einer schrittweisen, demokratisch orientierten Überwindung des autoritären SED-Regimes beigetragen hat. Ein Indiz hierfür ist die frei gewählte Volkskammer der DDR von 1990, die den höchsten Pfrarreranteil eines deutschen Parlaments seit der Frankfurter Paulskirche von 1848 aufweist.

Die evangelischen Kirchen sind heute ganz selbstverständlich Teil der bundesdeutschen Zivilgesellschaft, die ein wesentlicher Faktor zur Einübung der Lebensform der Demokratie

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

ist. In der Zivilgesellschaft wird öffentlich und gemeinwohlorientiert über die Herausforderungen und Aufgaben der Gesellschaft nachgedacht. Dieser öffentliche Diskurs über das Gemeinwohl ist – neben den Parteien und Parlamenten – ein wesentliches Element einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Hier sind die Kirchen mit ihren praktischen Handlungsfeldern der Diakonie und der gesellschaftsbezogenen Dienste sowie mit ihren Stellungnahmen und Dialogimpulsen im Sinne des Konzepts der öffentlichen Theologie in vielfacher Weise präsent. Die damit verbundene Mitgestaltung einer demokratischen Lebensform, wie sie in den evangelischen Kirchen durch ihre internen, partizipatorischen Strukturen und durch die Teilhabe

an der Zivilgesellschaft gesellschaftsrelevant praktiziert werden, bezeichnet ein zentrales Bewährungsfeld, um die demokratische Kultur weiterzuentwickeln. Jugendsoziologische Studien zeigen, dass sich die in der kirchlichen Jugendarbeit integrierten Jugendlichen in überdurchschnittlicher Weise auch für allgemeine gesellschaftliche und politische Belange in der Öffentlichkeit einsetzen. Auch dieser Aspekt zeigt, dass und inwieweit die evangelischen Kirchen in der Gegenwart zu einem wesentlichen Faktor demokratischer Entwicklungen in der Gesellschaft geworden sind und gerade durch ihre Arbeit mit Jugendlichen die eminent wichtige Aufgabe der Weitergabe und Förderung eines demokratischen Ethos unterstützen.

- 1 Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration, *Viele Götter ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer*, S. 59.
- 2 *Für Recht und Frieden sorgen. Theologisches Votum der EKV zu Barmen V, Gütersloh 1986*, S. 76.
- 3 Vgl. Bredtfeld/Wetzel 2007
- 4 Martin Luther, *Von weltlicher Obrigkeit*, WA 11, 277.
- 5 *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der EKD, Gütersloh 1985*, S. 13.

## Die Unabhängigkeit der Justiz<sup>1</sup>

von Dirk Frenking

### Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen

Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte ausgeübt (§ 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes). Sie ist eine der drei in Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes aufgeführten Staatsgewalten neben der Legislative und der Exekutive. Aufgabe der Rechtsprechung ist die Wahrung und Durchsetzung des Rechts. Die Gerichte entscheiden bei Rechtskonflikten zwischen Staat und Bürger und zwischen einzelnen Bürgern in einem Verfahren nach festgelegten Regeln, was rechtens ist. Das Grundgesetz bestimmt in Art. 92, dass die Judikative den Richtern anvertraut ist. Der Unabhängigkeit eines jeden einzelnen Richters hat das Grundgesetz Verfassungsrang verliehen. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen (Art. 97 GG). Sie sind an Weisungen der vollziehenden Gewalt nicht gebunden. Durch die richterliche Unabhängigkeit wird die für den

Rechtsstaat unerlässliche Gewaltenteilung garantiert und sichergestellt, dass der rechtsunterworfenen Bürger sich einem neutralen Richter gegenüber sieht.

### Die richterliche Unabhängigkeit im nationalsozialistischen Staat

Die Unabhängigkeit der Richter ist grundlegendes Merkmal einer rechtsstaatlichen Rechtspflege. Schon die nicht in Kraft getretene Frankfurter Paulskirchenverfassung von 1849 bestimmte: „Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten ausgeübt.“ Im Kaiserreich stellte § 1 des 1877 verkündeten und noch heute geltenden Gerichtsverfassungsgesetzes die richterliche Unabhängigkeit fest. Das Gesetz legte darüber hinaus die Grundlage für eine einheitliche Organisation der Gerichte im Deutschen Reich, mit der bis heute bestehenden Gerichtsordnung mit Amtsgerichten, Landgerichten, Oberlandesgerichten und dem

1950 gegründeten Bundesgerichtshof (früher Reichsgericht). Wer das Richteramt anstrebte, gehörte den wohlhabenderen Schichten an und hatte seine Anpassungsfähigkeit in einer langen, unbezahlten Ausbildungszeit immer wieder unter Beweis gestellt. Mit dem Untergang des Kaiserreichs und der Ausrufung der Republik brach für die monarchistisch gesonnene Richterschaft eine Welt zusammen. Trotz formaler Verfassungstreue standen nicht wenige der etwa 10.000 Richter der Weimarer Republik innerlich ablehnend gegenüber. Jedoch garantierte der neue Staat der alten Richterschaft ihre Unabhängigkeit (Art. 102): „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.“

In der Zeit des Nationalsozialismus blieb die richterliche Unabhängigkeit formal unangestastet, sollte doch der Anschein der Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten werden.

Nach der Machtübernahme der National-

sozialisten war die Richterschaft zunächst um die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit besorgt, stellte ihre Bedenken aber letztlich zurück. In der Deutschen Juristen-Zeitung gab der Vorstand des Deutschen Richterbundes anlässlich der konstituierenden Sitzung des Deutschen Reichstages vom 21. März 1933 eine Erklärung ab: „Der deutsche Richter war von jeher national und verantwortungsbewusst; stets war er vom sozialen Empfinden erfüllt. Er hat nur nach Gesetz und Gewissen Recht gesprochen. Das muss so bleiben! [...] Der Deutsche Richterbund bringt der neuen Regierung volles Vertrauen entgegen.“ Nur kurze Zeit später, am 25. Mai 1933, trat der Deutsche Richterbund geschlossen dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bei. Als deutliches Zeichen der vollendeten Gleichschaltung schworen schließlich am 13. Oktober 1933 anlässlich des ersten nationalsozialistischen Juristentages auf einer imposanten Massenkundgebung vor dem Reichsgericht in Leipzig über 10.000 Juristen mit erhobenem rechten Arm, „bei den Opfern einer volksfremden Justiz und der Seele des deutschen Volkes, dass wir unserem Führer auf seinem Wege als deutsche Juristen folgen werden bis an das Ende unserer Tage“. Der Strafrechtslehrer Heinrich Henkel hielt am 4. Juli 1934 an der Philipps-Universität Marburg einen Vortrag mit dem Titel „Die Unabhängigkeit des Richters in ihrem neuen Sinngehalt“. Auch wenn der nationalsozialistische Staat die richterliche Unabhängigkeit gewährleistete, habe diese im nationalsozialistischen Staat eine andere Bedeutung als im liberalen Rechtsstaat, [...] nämlich die nationalsozialistische Rechts- und Staatsauffassung. Die Unabhängigkeit des Richters sei Selbständigkeit in der Bindung an die leitenden Grundsätze des völkischen Führerstaates.

Tatsächlich übernahmen weite Teile der Richterschaft schon bald die nationalsozialistischen Rechtsauffassungen. Einer Anleitung durch staatliche Gesetze bedurfte es dazu

nicht. Der nationalsozialistische Staat verlangte Anpassung und Loyalität; dazu waren die Justizjuristen bereit. Die Zivilrichter beteiligten sich an der Diskriminierung von Juden, noch bevor die sog. Nürnberger Rassegesetze im September 1935 in Kraft traten. Schon Ende 1933 gab das Reichsgericht beim sog. Reichstagsbrandprozess das elementare rechtsstaatliche Prinzip des Verbots rückwirkender Bestrafung auf und verurteilte den Angeklagten Marinus van der Lubbe aufgrund eines Gesetzes, das zur Tatzeit noch nicht bestanden hatte, rückwirkend zum Tode. Den bis dahin geltenden rechtsstaatlichen Prinzipien der Freiheit und Rechtssicherheit wurde das angebliche Ideal einer materiellen Gerechtigkeit gegenübergestellt, mit dem die Rechtsbrüche gerechtfertigt wurden.

Was ist Demokratie? Das sagen Kinder einer dritten Klasse

### Demokratie ist die Wahl des Bürgermeisters.

Direkte Eingriffe der Exekutive in die Rechtsprechung gab es nur wenige. Mit dem „Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr“ vom 3. Juli 1934 wurde die Gewaltenteilung im Hinblick auf die im Zuge des „Röhm-Putsches“ begangenen Morde aufgehoben, nachdem zuvor bereits durch das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vom 24. März 1933, dem sog. Ermächtigungsgesetz, das Parlament entmachtet worden war. Das nicht durch den Reichstag, sondern durch die Reichsregierung erlassene Gesetz bestand nur aus einem einzigen Paragraphen, der die Morde nachträglich für „rechtens“ erklärte und damit die Täter der strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung durch die Justiz entzog. Der damalige Staatsrechtslehrer Carl Schmitt rechtfertigte die Entmachtung der dritten Staatsgewalt in der Deutschen Juristen-Zeitung vom August 1934 mit den Worten: „Der Führer schützt das Recht



**Dirk Frenking**

Richter am Oberlandesgericht Hamm und von 2014–2017 Leiter der Dokumentations- und Forschungsstelle Justiz und Nationalsozialismus an der Justizakademie NRW

vor dem schlimmsten Missbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.“

Zu Behinderungen der Justiz kam es immer wieder im Zusammenhang mit der Verfolgung von Straftaten, die von Wachmannschaften der Schutzhaftlager, wie die Konzentrationslager in Dachau, Buchenwald oder Neuengamme bezeichnet wurden, begangen worden waren. Dort waren schwerste Misshandlungen der Internierten, oft mit Todesfolge, an der Tagesordnung. Die strafrechtlichen Ermitt-

lungen gegen die Lagerleitungen wegen dieser Misshandlungen stießen auf den Widerstand der SS. Staatsanwälte und Richter wurden eingeschüchert, Ermittlungsakten verschwanden. Nachdem es in Osnabrück im November 1934 zu einem Strafprozess wegen Misshandlungen in dem berühmten Moorlager Esterwegen gekommen war, verbot Hitler persönlich das weitere Vorgehen der Justiz gegen die verantwortlichen Mitglieder der Lagermannschaft.

Eingriffe in ihre persönliche Unabhängigkeit mussten vor allem jüdische und regimekritische Richter hinnehmen. Von einem Tag auf den anderen wurden in Preußen am 1. April 1933 insgesamt mindestens 643 jüdische Beamte des höheren Justizdienstes beurlaubt. Das auch für Richter geltende Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

vom 7. April 1933 ermöglichte es, jüdische und missliebige Richter aus dem Justizdienst zu entlassen. Gemäß § 3 des Gesetzes wurden Beamte „nichtarischer Abstammung“ in den Ruhestand versetzt. Beamte, die nicht die Gewähr dafür boten, dass sie „jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat“ eintraten, konnten gemäß § 4 aus dem Dienst entlassen werden. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ führte zur Entlassung von 311 Richtern und 804 Referendaren wegen „nichtarischer Abstammung“. Wegen „nationaler Unzuverlässigkeit“ wurden 97 aus ihrem Amt entfernt, 27 gaben ihr Amt freiwillig auf. Ausgeschlossen wurden auch die 36 Richterinnen, denen von 1922–1933 der Eintritt in den Justizdienst gelungen war.

Ab 1935 versuchte die NSDAP zunehmend die Kontrolle über die Richterschaft zu übernehmen. Die NSDAP ging mit Dienstaufsichtsbeschwerden gegen unangepasste Richter vor, die nicht selten auf Denunziationen von Richterkollegen oder anderen Behördenmitarbeitern beruhten. [Es kam] nur zu zehn Untersuchungsverfahren (...) aus politischen Gründen, von denen lediglich drei zur Zwangspensionierung der Betroffenen führten.

Was ist Demokratie? Das sagen Kinder einer dritten Klasse

**Demokratie ist unsere Klassensprecherwahl. Da werden Kinder genannt, geheim gewählt und wer am meisten Stimmen hat, ist Klassensprecher.**

Der psychologische Druck auf die Richterschaft wurde allerdings nach der Reichstagsrede Hitlers vom 26. April 1942 weiter gesteigert. In dieser Rede zeigte sich Hitler mit der Rechtsprechung unzufrieden und forderte von der Justiz unter der Drohung, missliebige Richter eigenhändig aus ihrem Amt zu entlassen, eine größere Härte. Zur formalen Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit kam es trotzdem nicht.

Nach dem Ende des NS-Staats sah sich die Richterschaft dem Vorwurf ausgesetzt, Teil des NS-Unrechtsregimes gewesen zu sein.

Die Richter gaben vor, sie seien durch ihre Gesetzestreue („positivistisches Rechtsdenken“) verblendet gewesen. Der Grundsatz „Gesetz ist Gesetz“ habe sie wehrlos gemacht. Vergessen waren die Unrechtsurteile, die unter Ausnutzung gesetzlicher Spielräume zum Nachteil von Juden zustande gekommen waren. Die bundesdeutsche Nachkriegsjustiz fühlte sich ohnehin zu einer selbstkritischen Rechtsprechung in eigener Sache nicht berufen. Gegen nur sechs Strafrichter von Sondergerichten und dem Volksgerichtshof kam es in der Bundesrepublik zu einer Anklage. Zwei Verfahren wurden wegen Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten eingestellt, zwei Richter verstarben im Verlauf des Verfahrens. In den übrigen zwei Fällen wurden die Angeklagten freigesprochen. Nach der grundlegenden Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 7. Dezember 1956 musste sich der „bestimmte“ Vorsatz des Rechtsbeugers auch auf die unrichtige Rechtsanwendung beziehen, so dass eine Strafbarkeit entfiel, wenn dem Richter nicht zu widerlegen war, seinerzeit in Übereinstimmung mit seinem Gewissen Recht gesprochen zu haben. Diese restriktive Auslegung des Straftatbestandes führte dazu, dass eine Rechtsbeugung durch den Richter

praktisch ausgeschlossen war. Der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer kritisierte diese Rechtsprechung 1965 deutlich mit den folgenden Worten: „Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte gestattete den Beteiligten die – in Ermangelung eines Geständnisses – praktisch unwiderlegbare Verteidigung, sie hätten ihr nazistisches Tun, das im Totschlag bestand, mit gutem Gewissen betrieben, womit die Möglichkeit ihrer Verurteilung entfiel. Keiner der Betroffenen hat erklärt, er sei sich des Unrechts bewusst gewesen; nur anlässlich der Entnazifizierung pflegte man zu hören, man sei immer dagegen gewesen.“

Erst nach der Wiedervereinigung hat der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 16. November 1995 diese restriktive Rechtsprechung aufgegeben.

### Die richterliche Unabhängigkeit unter der Geltung des Grundgesetzes

Das Grundgesetz hat in Art. 92 den Richtern die Zuständigkeit für die Rechtsprechung gegeben. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe sind sie „unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen“, Art. 97 Abs. 1 GG. Die persönliche Unabhängigkeit ergibt sich aus der Lebenszeitstellung, der grundsätzlichen Unversetzbarkeit und nicht zuletzt auch aus einer amtsangemessenen Besoldung. Sachliche Unabhängigkeit bedeutet Weisungsfreiheit in allen Dingen, die mit seiner Aufgabe, Recht zu sprechen, zusammenhängen. Die richterliche Unabhängigkeit ist kein Freibrief, sondern bedeutet auch eine Pflicht des Richters, der er zu genügen hat. Er ist für die ihm zugewiesenen Rechtsfälle allein verantwortlich, muss das Verfahren selbständig und zügig fördern, Verhandlungstermine bestimmen und Urteile sprechen. Niemand redet ihm dabei hinein, es nimmt ihm aber auch keiner die Entscheidung ab. Der Vorsitzende Richter eines Spruchkörpers ist nicht der „Vorgesetzte“ seiner Kollegen: Er darf ihnen keine Vorschriften machen, keine Anweisungen zur Arbeitsweise erteilen oder sie gar sanktionieren. Dienstvorgesetzter ist allein der Gerichtspräsident. Der Dienstaufsicht untersteht der Richter aber nur, soweit nicht seine Unabhängigkeit beeinträchtigt wird (§ 26 des Deutschen Richtergesetzes). Richter sind eben keine Beamten und unterliegen, anders als die ebenfalls der Justiz angehörenden Staatsanwälte, keinen Weisungen der Exekutive, auch nicht der Justizverwaltung.

### Selbstverwaltung der Justiz?

Die Organisation der Gerichte geht zurück auf das Kaiserreich. Die hierarchische Struktur der Gerichtsverwaltung beruht auf der Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichts-

verfassung vom 20. März 1935. Seit längerem wird diskutiert, die Justiz von der Exekutive noch weiter loszulösen. In der Empfehlung des Europarates über die Rolle der Richter und in den Kriterien der Europäischen Union über die Aufnahme neuer Mitgliedsländer heißt es: „Die für die Auswahl und Laufbahn der Richter

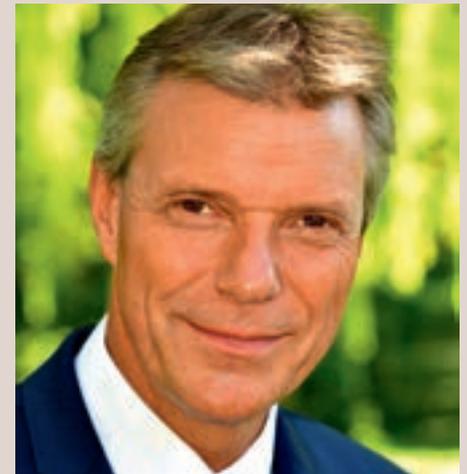
zuständige Behörde sollte von der Exekutive unabhängig sein.“ Das trifft auf viele Länder in Europa zu, in denen sog. Richterwahlausschüsse über die Berufung und Beförderung aller Richter entscheiden, nicht jedoch auf Deutschland, wo es solche Wahlausschüsse nur zur Wahl der Richter an den obersten

Bundesgerichten gibt. Deutschland wäre also, so der ehemalige Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, „ein problematischer Beitrittskandidat“.

<sup>1</sup> Stark gekürzte Fassung. Der ungekürzte Beitrag ist abrufbar unter: [www.ges-online.de](http://www.ges-online.de). Auf Wunsch schicken wir den Beitrag auch zu.

## Demokratie ist unsere Sache

von  
**Christoph Tesche**



**Christoph Tesche**  
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen

Zu diesem Programm gehörte im Mai der Besuch des ehemaligen Bundespräsidenten Gauck bei uns, bei dem Recklinghäuser Schulen das Programm mitgestaltet haben. „Wer die Demokratie liebt, wird sie schützen“, ist ein Satz von Joachim Gauck. Wir können uns glücklich schätzen, in einer Demokratie zu leben. Zu ihr gehören Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Minderheitenschutz, Freiheit.

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir wollen sie schützen und dafür einstehen. Jeden Tag. Denn es gibt keinen besseren Garanten als die Demokratie für Frieden, Freiheit und Wohlstand!

„Wichtige gesellschaftliche Gruppen der Stadt organisierten Pfingsten 2018 ein buntes Friedens- und Pfingstfest auf dem Kirchplatz bei der katholischen Pfarrkirche St. Peter. Friedlich, freundlich und entschieden für ein gutes Miteinander, für Demokratie und gegen Rassismus.“

Foto: Stadt Recklinghausen

*Demokratie braucht eine wache Bürgergesellschaft. Wir haben sie bei uns. Das liegt an einer besonderen bürgerschaftlich engagierten Kultur in unserer Stadt, die durch die Schulen wohlthuend mitgeprägt wird und die ich zusammen mit vielen anderen sehr unterstütze.*

Es vergeht kaum eine Woche, in der ich nicht mit Schulen in Kontakt stehe, Fragen zum Demokratieort Kommune, den Ausschüssen, der Arbeit der Verwaltung und meiner Arbeit beantworte.

Unser Bündnis „Recklinghausen für Toleranz und Zivilcourage“ ist ein breites demokratisches Bündnis. Dazu gehören die Stadt, die Ratsfraktionen, das Kinder- und Jugendparlament, der Integrationsrat, die Ratskommission für Menschen mit Behinderung, die Kirchen, die Jüdische Kultusgemeinde, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die Gewerkschaften, die Schulen

und weitere. Das Bündnis steht mit vielen Aktionen für eine humane, demokratische Bürgergesellschaft, die aktiv für Toleranz und Zivilcourage einsteht. Einen Schwerpunkt bildet die Gedenk- und Erinnerungskultur. Damit wird auch der nachwachsenden Generation vermittelt, welchen Zivilisationsbruch die Shoah bedeutete. Dass diese Verbrechen nie wieder geschehen dürfen. Damit wird auch aufgezeigt, was in der Abwesenheit von Demokratie möglich wird.

Die Jahre 1919 und 1949 sind mit der Verfassung von Weimar und dem Grundgesetz Stichjahre für grundlegende demokratische Neuanfänge in Deutschland. Grund für uns, mit rund 40 Veranstaltungen bei uns in Recklinghausen vielfältig zur Auseinandersetzung mit dem Wert der Demokratie anzuregen. Dabei wirken in den Veranstaltungen auch die Recklinghäuser Schulen mit.



# Demokratie-Erziehung braucht mehr Religion an der Schule<sup>1</sup>

von Dr. Sascha Flüchter

➤ Schüler\*innen, Lehrer\*innen, Mitarbeitende und Eltern bringen ihre Religion und die damit verbundenen Daseins- und Wertorientierungen mit an die Schule. Auch religiös bedingte Vorbehalte und daraus entstehende Konflikte machen vor der Schule nicht halt, weil sie zur Persönlichkeit und Identität der Beteiligten gehören.

Deshalb sind öffentliche Schulen keine religionsfreien Räume. Die entscheidende Frage ist, wie die Schulgemeinde mit der faktisch vorhandenen Religiosität ihrer Mitglieder umgeht.

Häufig vermeiden Lehrer\*innen es, religiöse Differenzen zu thematisieren, weil sie Sorge haben, dass Schüler\*innen diskriminiert werden könnten. Begründet wird das damit, dass die religiösen Überzeugungen Privatsache seien, die an öffentlichen Schulen keinen Platz hätten und im schlimmsten Fall den Schulfrieden gefährdeten. Kommt Religion dennoch zur Sprache, wird das Allgemeine und Universale in den Vordergrund gestellt. Die programmatische Sicht der Inklusionspädagogik, dass es normal ist, verschieden zu sein, wird dabei nivelliert. Verschiedenheit ist nur theoretisch von Bedeutung und auch nur so lange wie sie keine Konflikte hervorbringt. Die Gefahr einer solchen Haltung liegt in der Abwertung von religiöser Diversität. Bei wenig religiösen Menschen fördert das eine – in Zeiten religiöser Konflikte – durchaus problematische Haltung der Indifferenz. Bei religiös eng ver-

bundenen Menschen können dadurch fundamentalistische Tendenzen unterstützt werden. Die Geringschätzung ihrer religiösen Integrität verletzt ihre Gefühle, und sie werden weiter an den Rand gedrängt.

Toleranz als Bildungs- und Erziehungsziel ist nicht dadurch zu erreichen, dass religiöser Pluralität praktizierter Relativismus oder wertlose Beliebigkeit entgegengesetzt werden. Schulfrieden darf und kann nicht auf Kosten der Religiosität an der Schule erreicht werden. Schulfriede setzt vielmehr Religionsfrieden voraus, was mehr und nicht weniger

Religion an der Schule impliziert. Schulen, denen die Demokratie-Erziehung am Herzen liegt, sollten daher auch in religiösen Fragen die Entwicklung von Toleranz und Konfliktfähigkeit fördern. ➤

<sup>1</sup> Das Statement ist ein Auszug aus dem Aufsatz „Zum Stellenwert des Religiösen in einer ‚guten Schule‘“, in: Was sind gute Schulen. Teil 1: Konzeptionelle Überlegungen und Diskussionen [Theorie und Praxis der Schulpädagogik 35], hg.v. K. Moegling, S. Hadler, G. Hund-Göschel, Immenhausen 2016, 251–265.

## Liebesbrief an das Grundgesetz

### Warum lieben wir das Grundgesetz?

- Ganz ehrlich gäbe es das Grundgesetz nicht... wäre das typische Klischee der Deutschen überhaupt noch vertretbar? Ohne das Grundgesetz würde nämlich nur noch Unordnung herrschen.
- Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. So sagt es Artikel 6 im Grundgesetz. Die Menschen geben dank dieser Regeln Acht aufeinander und es gibt ein starkes Deutschland.
- Jeder hier von uns ist wichtig und wertvoll, deswegen berücksichtigt das Grundgesetz jedes Individuum.
- Wir haben Recht auf Mitbestimmung. Wir leben in einer funktionierenden Demokratie. Mit 18 Jahren darf ich wählen, wer Deutschland leitet. Ich habe die Wahl, wie jeder andere auch.
- Wir haben Recht auf freie Entfaltung und wir dürfen leben, wie wir wollen und auch, wenn politisch verfolgte Menschen Hilfe brauchen, dann ist Deutschland hilfsbereit und bietet jedem Asyl.
- Dank dem Grundgesetz haben wir freie und geheime Wahlen, aber uns wird noch Religionsfreiheit und Meinungs- und Pressefreiheit geboten.
- Jeder ist gleich und es gibt kein Rassismus, trotz einer schweren Vergangenheit sorgt das Grundgesetz für Gleichberechtigung. Männer und Frauen sind gesetzlich gleich und so werden auch Menschen auch nicht auf ihre Religion beschränkt.

**Da können wir nur Danke sagen !!!!**

Text: Schüler\*innen am St.-Antonius-Gymnasium, Lüdinghausen



### Dr. Sascha Flüchter

Dr. Sascha Flüchter ist Vorsitzender des landeskirchlichen Ausschusses für Erziehung und Bildung der Evangelischen Kirche im Rheinland, Pfarrer und Lehrer am Theodor-Fliedner Gymnasium in Düsseldorf-Kaiserswerth.



**Michael Ridder**

Lehrer der Sekundarstufe I, Fach- und Kernseminarleiter am ZfSL Münster, Regionalberater/Landeskoordinator NRW Demokratisch Handeln, Regionalteam-West der Deutschen Schulakademie und des Deutschen Schulpreises

Die Schule ist (k)eine demokratische Einrichtung! Schule kann aufgrund ihrer inneren Struktur und Funktion sowie ihrer gewachsenen Traditionen niemals vollständig demokratisch im engeren Sinne sein. Umso bedeutsamer ist es, die der Schule ebenfalls eigenen Elemente der lernenden Gemeinschaft, der Konflikte und divergierenden Interessen, aber auch der Gemeinsamkeit fördernden Vorstellungen von Lehrkräften, Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern als Gelegenheiten demokratischen Lernens zu nutzen. Partizipation auf allen Ebenen des Schullebens trägt zur Qualität des Lernens und der Kompetenzentwicklung bei – in allen Themenfeldern und Unterrichtsfächern. Ausgangspunkt ist das demokratiepädagogische Selbstverständnis: Wenn Kinder und Jugendliche sich in der Institution Schule als wirksam erleben, können sie eine demokratische Identität entwickeln. Ziel demokratiepädagogischen Handelns muss es sein, dass Schülerinnen und Schüler demokratische Handlungskompetenz entwickeln. Diese schließt die kognitive Fähigkeit, die ethische Reflexion und die soziale Bereitschaft ein, an demokratischen Gesellschafts- und Lebensformen teilzuhaben und diese in Gemeinschaft mit anderen aktiv zu gestalten.

# Demokratie lernen – Partizipation gemeinsam gestalten!

von Michael Ridder

## Thesen

**1** Die Demokratie ist mehr als eine Staatsform. Sie ist eine Errungenschaft, die auf der Ebene der Gesellschaft und des individuellen Handelns Aufmerksamkeit, Zuwendung und Kritik benötigt. Die Demokratiepädagogik nimmt drei Dimensionen von Demokratie in den Blick: Demokratie verstanden als „Regierungsform“, „Gesellschaftsform“ und „Lebensform“.

**2** Schule ist nicht demokratisch und Schule muss deshalb besonders demokratisch sein! Die Wirkung und die Lernchancen der Schule werden insgesamt als Lern- und Lebensraum und als öffentliche, demokratische Einrichtung verstärkt in den Blick genommen. Man spricht dann auch von „Demokratiepädagogik“ als einer zentralen schulischen Aufgabe. Fakt ist: Die Schule ist das Lebens- und Entwicklungsmilieu, in der junge Menschen entscheidende Lebensschritte gehen (individuelle, moralische, religiöse und politische Sozialisation) und Erfahrungen mitnehmen, die so oder so zur politischen Identität beitragen.

**3** Zur demokratiepädagogischen Kernqualität gehören drei Erfahrungsdimensionen: (1) die Erfahrung von Kompetenz, Autonomie und Eingebundenheit; (2) die Erfahrung, verstanden zu werden; (3) die Erfahrung der Zugehörigkeit zu einer schützenden Gemeinschaft, in der die Menschen- und Kinderrechte gelten.

Was ist Demokratie? Das sagen Kinder einer dritten Klasse

**Demokratie ist Geheimwahl.**

**Zur Demokratie gehören eine demokratische Abstimmung, die Klassensprecher und die Klassensprecherversammlung.**

**4** Gute Schulen sind demokratische Schulen! Bei den Schulen des „Deutschen Schulpreises“ und im Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ wird seit vielen Jahren jedes Jahr deutlich, dass es ermutigende Beispiele aus der Praxis und eine Fülle von Erfahrungen, Konzepten und Materialien gibt.

**5** Demokratie lernt man durch die Erfahrung von Demokratie, in keinem Lernfeld scheint die tätigkeitshaltige Qualität des Lernens entscheidender als hier. Das hängt mit der Gestalt und Herkunft der Demokratie in der Moderne zusammen: „Demokratie ist eine historische Errungenschaft. Sie ist kein Naturgesetz oder Zufall, sondern Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Erziehung. Sie ist deshalb eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung“, so formulieren das die Autoren des „Magdeburger Manifestes zur Demokratiepädagogik“.

**6** Unsere Basis ist die Demokratie! Die aktuellen gesamtpolitischen Entwicklungen und Diagnosen machen aber auch deutlich: Unsere Demokratie ist angegriffen, vielleicht auch angezählt oder aber herausgefordert! „Grenzen“ der Demokratie werden überschritten, wenn Menschen- bzw. Kinderrechte angezweifelt oder verletzt werden. In der Schule ist Standhaftigkeit für die Demokratie, zivilgesellschaftliches Engagement und eine Haltung aller Beteiligten auf der Basis des Grundgesetzes gefragt. Das heißt auch: Lehrerinnen und Lehrer sind nicht neutral.

# Schülerinnen und Schüler fordern wahre Informationen und vernünftige Wähler

von Holm Schüler

„In der Demokratie fühle ich mich als Teil einer Gemeinschaft“ (Schülerin 10. Klasse)

75 Schülerinnen und Schüler der Klassen 8–12 verschiedener Schulformen waren aufgefordert, 15 ungeordnete Zitate zur Demokratie zu bewerten und in eine Rangfolge 1–15 zu bringen (Ergebnisse siehe nebenstehend). Zudem sollten sie ihre eigene Vorstellung von Demokratie aufschreiben.

Auffallend bei der Befragung ist die grundsätzlich positive Einstellung zur Demokratie. Dabei gibt es nach Ansicht der jungen Leute Bedingungen, die für eine funktionierende Demokratie grundlegend sind:

- Zugang zu Informationen
- für das Volk regieren
- aktive Teilnahme der Bürger
- Klugheit und Vernunft der Wähler
- Öffentlichkeit

Diese positiven und realistischen Aussagen machen Mut. Auch deshalb, weil die Bewertungen der Schüler jahrgangs- und schulübergreifend relativ homogen sind. Es gab wenige gravierende Abweichungen vom Grundtenor.

Wenig anfangen konnten die meisten Jugendlichen mit der Aussage von Winston S. Churchill (Platz 15). Aus ihren Anmerkungen wird deutlich, dass für sie eine solche, hinter dem Zitat stehende bedrohliche Situation nicht vorstellbar ist bzw. sie die Aussage nicht verstehen. Einerseits kann es froh stimmen, dass junge Menschen in unserer Gesellschaft Verfolgung und Machtwillkür nicht kennen, andererseits stellen sich natürlich Fragen nach dem geschichtlichen Wissen und den Lehren aus dem Nationalsozialismus.

Alle Zitate, die sich negativ mit Erscheinungen der Demokratie befassen, lehnten die Schülerinnen und Schüler weitgehend ab.

## Zitate zum Begriff Demokratie in der Rangfolge der Schülerwahl:

**1** „Je weniger Informationen die Menschen in einer Demokratie erhalten, desto gefährdeter ist sie.“

Wolfgang J. Reus (1959 – 2006), deutscher Journalist, Satiriker, Aphoristiker und Lyriker

**2** „Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk.“

Abraham Lincoln (1809 – 1865), 16. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

**3** „Es gefährdet die Demokratie, wenn die Bürger nicht aktiv an ihr teilnehmen oder sich von der Diskussion über ihre allfälligen Konflikte fernhalten.“

Gjergj Perluca (\*1944), emer. Prof. für Physik, Albanien

**4** „Für die Diktatur ist Klugheit, für die Demokratie Dummheit die größte Gefahr.“

Thomas Berger (\*1952), deutscher Theologe und Schriftsteller

**5** „Die Demokratie setzt die Vernunft im Volk voraus, die sie erst hervorbringen muss!“

Karl Jasper, Philosoph

**6** „Öffentlichkeit ist der Sauerstoff der Demokratie.“

Günter Wallraff, Schriftsteller

**7** „Was ist Demokratie? Das, was es heißt: die Herrschaft der Menschen. Sie ist so gut wie die Menschen, oder so schlecht.“

Mary Renault, britische Schriftstellerin

**8** „Das ist das erste Prinzip der Demokratie: dass das Wesentliche an den Menschen das ist, was sie verbindet, nicht das, was sie trennt.“

Gilbert Keith Chesterton (1874 - 1936), englischer Kriminalautor, Erzähler und Essayist

**9** „Eines der großen Probleme unserer Zeit ist, dass wir von Menschen regiert werden, denen Gefühle wichtiger sind als Gedanken und Ideen.“

Margaret Thatcher, ehemalige britische Premierministerin

**10** „Mit dem demokratischen Grundsatz, dass ein Idiot gleich gut ist wie ein Genie, bin ich sehr einverstanden. Aber für mich hört es auf, wenn jemand einen Schritt weiter geht und behauptet, zwei Idioten seien besser als ein Genie.“

Leó Szilárd, ungarisch-deutsch-amerikanischer Physiker

**11** „Demokratisierung der Familie meint doch nicht, dass darüber abgestimmt wird, wer der Vater ist.“

Willy Brandt, ehemaliger Bundeskanzler

**12** „Das beste Argument gegen die Demokratie ist ein fünfminütiges Gespräch mit einem durchschnittlichen Wähler.“

Winston S. Churchill, britischer Staatsmann

**13** „Der Demokratie wird vorgeworfen, sie behaupte, die Mehrheit habe immer Recht. Der Fortschritt lehrt uns, dass vielmehr die Minderheit immer Recht hat. Die Fortschrittlichen sind Propheten; und zum Glück sind nicht alle Menschen Propheten.“

Gilbert Chesterton, britischer Schriftsteller

**14** „Eine Regierung, die Peter beraubt, um Paul zu bezahlen, kann sich Pauls Unterstützung immer sicher sein.“

George Bernard Shaw, irischer Dramatiker

**15** „Wenn es morgens um sechs Uhr an meiner Tür läutet und ich kann sicher sein, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe.“

Winston S. Churchill, britischer Staatsmann

## Demokratievorstellungen der Schüler

*Einige Zitate von Schülerinnen und Schülern zu ihrem Demokratieverständnis verdeutlichen das ernsthafte Bemühen der Sekundarstufen I Schüler für demokratische Lebensformen. Hier einige beispielhafte Zitate:*

„Ich finde, das wichtigste ist, dass die Leute ihre Machthaber erwählen dürfen und sie dann ihre Macht zum Nutzen des Volkes ausüben.“ – 8. Klasse

„Demokratie ist gut, weil, wenn einer etwas Schlimmes macht, gibt es Tausende, die dagegen sind.“ – 8. Klasse

„Jeder Mensch hat das gleiche Recht. In einer Demokratie darf jeder mitbestimmen

und sich eine eigene Meinung bilden, egal ob klein, groß, Mann, Frau oder verschiedene Ethnien. Das Volk darf mitentscheiden was für es (das Volk) am besten ist. Das ist Demokratie für mich.“ – 8. Klasse

„Demokratie muss mit Infos gefüttert werden, sonst funktioniert sie nicht.“ – 8. Klasse

„Je mehr Infos die Menschen in einer Demokratie erhalten, desto besser wird sie.“ – 8. Klasse

„In der Demokratie fühle ich mich als Teil einer Gemeinschaft.“ – 10. Klasse Gymnasium

„Das Gute an der Demokratie ist, dass jeder mitreden darf, aber sich am Ende niemand der Verantwortung entziehen kann.“ – 10. Klasse Gymnasium

„Demokratie ist die Mitbestimmung durch das Volk und die Achtung der Würde jedes Menschen.“ – 10. Klasse Gymnasium

„Demokratie ist Freiheit in der Vielfalt.“ – 10. Klasse Gymnasium

„Die Stimme eines jeden Bürgers sollte gleichermaßen gehört werden, denn das ist es, was Demokratie ausmacht.“ – 10. Klasse Gymnasium

„Demokratie ist die Sprache der Schläuen, Gewalt die Sprache der Dummen.“ – 10. Klasse Gymnasium

„Wer in der Demokratie lebt und sich nicht aktiv an ihr beteiligt, kann nicht erwarten, dass seine individuellen Wünsche von den an der Demokratie Beteiligten erfüllt werden.“ – 10. Klasse Gymnasium

*Auch Grundschüler haben konkrete Vorstellungen. Grundschüler der 4. Klasse in Herten schrieben auf, was ihnen zum Begriff „Demokratie“ einfällt:*

- Abstimmung
- Partei – Demokraten – Angela Merkel
- Deutschland, ein demokratisches Land
- Politik – Regeln – regelrecht – Gesetz – etwas anderes zu wollen – sich verbessern – gegen etwas zu stimmen – auf die Straße gehen – für etwas zu stimmen
- freie Entscheidung – abstimmen – Auszählung – wählen – mehr Möglichkeiten

– man ist nicht immer mit dem Ergebnis zufrieden – jeder hat das gleiche Recht – bei einer Entscheidung gewinnt die Seite mit den meisten

- Demonstration – abstimmen – Politik – das Gegenteil wäre, dass man seine Meinung nicht sagen darf, dass sie nicht zählt – die Mehrheit gewinnt – die Meinung sagen – besondere Themen
- Gleichberechtigtkeit – wählen
- In Deutschland darf jeder entscheiden – die Mehrheit gewinnt – in anderen Ländern ist das nicht so – die Kinder ha-

ben auch ihre Meinung – jeder hat seine eigenen Rechte – jeder Bürger darf was sagen – meine Meinung ist meine Meinung.

- Deutschland ist demokratisch – aber es gibt sie nicht in jedem Land – Demokratie ist, wo die Mehrheit entscheidet: Zum Beispiel, wenn man in meiner Klasse ein Buch lesen will, aber zwei Leute ein anderes wollen, dann liest man was die zwei wollen.

*Stimmen von Mitgliedern eines Kinder- und Jugendparlaments:*

- Wesentliche Motivation für die Wahl zum KiJuPa waren: politisches Interesse, Austausch mit anderen Jugendlichen, aktive Stadtgestaltung, Einsatz für andere Jugendliche.
- Alle äußerten sich (sehr) zufrieden mit der Arbeit im KiJuPa.

- Wichtigste Aufgaben des KiJuPa: Einsatz für Interessen von Kindern und Jugendlichen in der Stadt, Interessen vertreten lernen, Angst vor der Politik nehmen, Umgang mit Politikern einüben.
- Als erfolgreichste Projekte wurden Jugendbegegnungsreisen (z. B. Israel) und Spendenaktionen genannt.

- Bezogen auf Schule: Jede Schule sollte ein Schülerparlament haben, denn „jeder sollte über seinen Alltag mitentscheiden dürfen“.
- Schule ist nicht demokratisch: „Meiner Meinung nach sollen mehr Entscheidungen demokratisch mit den Schülern getroffen werden.“ Und: „Die Schülervertretungen sollten ernster genommen werden.“

# Demokratie an der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck – EGG



**Petra Birkholz**  
stellvertretende Schulleiterin,  
unterrichtet Deutsch, Englisch  
und Ev. Religionslehre

von Petra Birkholz

## Jahrgangsparlamente

Seit dem Schuljahr 2014/15 sind in allen Jahrgängen der EGG Jahrgangsparlamente eingerichtet, die sich regelmäßig – im Jahresterminplan festgelegt – im Schuljahr treffen und die für den Jahrgang wichtigen Themen besprechen. In einem Jahrgangsparlament sind die beiden Klassensprecher jeder Klasse und eine Lehrerin oder ein Lehrer des Vertrauens vertreten. Die Jahrgangsparlamente verfügen sogar über einen Etat, aus dem Dinge für den Jahrgang angeschafft werden können.

Zudem wird aus den Jahrgängen 8, 9, 10 und der Oberstufe je ein Vertreter für die Schulkonferenz bestimmt. Dadurch können und sollen die Interessen dieser Jahrgänge im höchsten Entscheidungsgremium der Schule besser berücksichtigt werden. Zudem können Ideen und Vorschläge in die Arbeit der SV eingebracht werden. Wenn sich das Jahrgangsparlament zum ersten Mal im Schuljahr trifft, stellen sich die einzelnen Teilnehmer erst einmal vor, da ja die Klassensprecherinnen und Klassensprecher jeweils neu gewählt werden. Dabei fällt immer wieder auf, dass hier ein Kreis zusammenkommt, der das Schulleben wirklich gerne und aktiv mitgestalten möchte. Diejenigen, die im letzten Schuljahr bereits im Jahrgangsparlament vertreten waren, berichten von den Themenschwerpunkten des letzten Halbjahrs. So werden z. B. die Anschaffungen für die bewegte Pause ebenso besprochen wie aktuelle Planungen, die das Schulleben prägen. Als das Abschalten des Schulgongs vor einigen Jahren Thema war, wurde auch im Jahrgangsparlament konstruktiv und engagiert diskutiert. Aus dem letztjährigen Etat wurden

Gesellschaftsspiele für die einzelnen Klassen angeschafft. Auch diese und ähnliche Anschaffungen werden kritisch begleitet. So stellte sich heraus, dass die

Spiele ganz unterschiedlich genutzt wurden und manchmal in Vergessenheit geraten sind. Hier wurden Lösungsmöglichkeiten überlegt und es ergab sich eine offizielle Spieleausgabe in einem Extraraum, organisiert von den Mitgliedern des Jahrgangsparlaments.

## Schülersprecher – an der EGG haben alle die Wahl

An der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck wählen alle Schülerinnen und Schüler ihre Schülersprecherin/ihren Schülersprecher in einer Direktwahl. Die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich auf den Jahrgangsvollversammlungen vor und können auch befragt werden. Hieraus ergibt sich eine hohe Wahlbeteiligung von fast 100 % in den letzten Jahren.

Hintergrund ist, dass die Schülerinnen und Schüler aus den jüngeren Jahrgangsstufen die Schülersprecher, die zur Wahl standen, oft gar nicht richtig kannten. Zudem können sich nun auch Schülerinnen und Schüler zur Wahl stellen, die nicht Klassensprecher sind. Das erhöht die Anzahl der zur Verfügung stehenden Personen und diese müssen sich vor einer großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit ihren Ideen und Plänen präsentieren.

## Arbeitskreise und Ausschüsse

An der EGG gibt es verschiedene Arbeitskreise und Ausschüsse, die über die normale Gremienarbeit, wie Schulpflegschaft/Schülerrat und Schulkonferenz hinausgehen. So können sich auch Eltern und Schülerinnen und Schüler in die gemeinsame Schulentwicklungsarbeit einbringen, die nicht offiziell gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Klasse sind. Im Folgenden einige Beispiele:

- **Fahrtenausschuss:** Hier wird immer wiederkehrend das Fahrtenkonzept überdacht und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.
- **Mensaausschuss:** In der Mensa wird täglich frisch gekocht. Begleitet wird die

Arbeit der Mitarbeiterinnen durch einen Ausschuss, in dem die Mitarbeiterinnen, Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter sitzen.

- **Freies Lernen:** Gemeinsam mit interessierten Eltern sowie Schülerinnen und Schülern stellen Kolleginnen und Kollegen regelmäßig überarbeitete Materialien und Methoden vor; darüber hinaus werden strukturelle Veränderungen im Freien Lernen diskutiert, aktuell bspw. die Frage: „Wie kann das Freie Lernen freier werden?“ – auch im Rahmen des geplanten Einsatzes von iPads.



## Demokratie im Kleinen lernen – Das Freie Lernen an der EGG

In jeder ersten Stunde des Tages findet in den Jahrgängen 5–8 eine Stunde im Freien Lernen statt, die i. d. R. von einem oder – im Jahrgang 5 – von beiden Klassenlehrern begleitet wird. Zu Beginn hält eine Schülerin/ein Schüler einen Vortrag zu einem Thema, das sie/er sich selbst ausgesucht hat. Eine Schülerin/ein Schüler fungiert dabei als Präsident, der den Vortrag einleitet und für die Kommunikation zwischen dem Vortragenden und dem Publikum sorgt. So leitet sie/er auch die anschließende Frage- bzw. Feedbackrunde; sie/er organisiert auch den nächsten Vortrag. Eine Protokollantin/ein Protokollant notiert alle wichtigen Punkte in einem Protokollbuch.

## Curriculare Verankerung der Kinderrechte

Sowohl im Unterricht Gesellschaftslehre als auch im Religionsunterricht ist die Besprechung der Kinderrechte in Deutschland und weltweit curricular verankert. So kommen die Schülerinnen und Schüler wiederkehrend mit ihren Rechten (und damit auch Pflichten) in Kontakt und lernen, sich für ihre Rechte einzusetzen und kritisch ihre Pflichten zu betrachten.



# „Jugend debattiert“ – mehr als ein Wettbewerb

Das Format der Debatte als Baustein in der Unterrichtsentwicklung

von Kerstin Hauke und Stephan Lange-Weber

Landesbeauftragte für „Jugend debattiert“ in NRW  
und Fachleiter am ZfSL Oberhausen

„Jugend debattiert“ ist das unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehende bundesweit größte Schulprojekt im Bereich sprachlich-politischer Bildung, welches die Schülerinnen und Schüler mit dem Format der Debatte als Gesprächsformat vertraut macht und auf eine über 20-jährige Geschichte zurückblicken kann.

Debattieren ist eine öffentliche Sache und die Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, sich in einem Wettbewerb fair miteinander zu vergleichen. Dieser wird auf den verschiedenen Ebenen von der Klassenebene, Schulebene, Regionalebene, Landesebene bis hin zur Bundesebene durchgeführt. Der große Gewinn von „Jugend debattiert“ geht jedoch weit über den Wettbewerb hinaus. Mit dem Implementieren der Debatte als Baustein in die Unterrichts- und Schulkultur werden Schlüsselkompetenzen im Bereich demokratischer Werteerziehung, Sprachbildung und Gesprächskultur gefördert – Kompetenzen, die für die Sicherung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung von besonderer Wichtigkeit sind. In dem von der Kultusministerkonferenz 2018 veröffentlichten Papier zur Demokratieverziehung wird die Forderung laut, dass gelebte Demokratie ein grundlegendes Qualitätsmerkmal von Schule sein muss und demokratische Handlungen und Handlungsfähigkeit eingeübt werden müssen.<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang wird „Jugend debattiert“ als demokratiepädagogisches Programm zur Förderung einer demokratischen Schul- und Unterrichtsentwicklung namentlich erwähnt.<sup>2</sup>

## Was ist eine Debatte? Warum Debatte?

Die Debatte ist ein themenzentriertes Gespräch. Am Anfang steht eine Entscheidungsfrage, die die Vielfalt an Antwortmöglichkeiten auf das binäre Modell „Ja“ oder „Nein“ reduziert. „Soll der Fastenmonat



Schülerinnen und Schüler der Klasse 9f des Theodor-Fliedner-Gymnasiums,  
Projekttag „Jugend debattiert“ 2018

Ramadan bei der Planung von Schulveranstaltungen Berücksichtigung finden?“ lautete beispielsweise die Debattenfrage für die Altersgruppe II im Bundesfinale des vergangenen Jahres. Als Dienstleister für das Publikum, welches am Ende für sich die Frage entscheiden kann, tauschen die vier Debatanten (2 Pro-Redner, 2 Contra-Redner) die Argumente zu der Streitfrage aus, nehmen vielfältige Aspekte in den Blick und lassen die Debatte zu einem Medium der Reflexion und der Erkenntnis werden. Dabei geht es nicht darum, die eigene Position zu vertreten, sondern anwaltlich im Dienste der Klärung der Ausgangsfrage zu argumentieren. Daher werden die Positionen im Wettbewerb ausgelost. Aristoteles formuliert diesen Perspektivwechsel mit den Worten: „Es zeichnet einen gebildeten Geist aus, dass er einen Gedanken erwägen kann, ohne ihn zu bejahen.“ Eine gute Debatte hängt von der Sachkenntnis der Debattanten ab, welche neben dem Ausdrucksvermögen, der Gesprächsfähigkeit und der Überzeugungskraft ein Bewertungskriterium ist. Debattiert wird ohne Gesprächslei-

ter, aber nach festen Regeln. Die 24-minütige Debatte gliedert sich in drei Teile: In der Eröffnungsrunde hat jeder Redner zwei Minuten Zeit, die Debattenfrage aus der Sicht seiner Position zu beantworten. Es folgt die 12-minütige freie Aussprache, die ohne festgelegte Reihenfolge im freien Wechsel erfolgt. In der abschließenden Schlussrunde haben die Redner die Möglichkeit, noch einmal auf die Debatte zurückzublicken, Gewichtungen der ausgetauschten Argumente vorzunehmen, Trennendes oder Gemeinsames herauszustellen und zu einem Fazit zu kommen.

Die Schülerinnen und Schüler werden durch fortgebildete Lehrer im Rahmen des Unterrichts, der nicht an ein Fach gebunden sein muss, oder im Rahmen von Projekttagen in den einzelnen Teilen der Debatte trainiert. Dazu können die Lehrkräfte auf kompetenzorientierte Unterrichtsmaterialien zurückgreifen. Redemittelkarten für verschiedene Kompetenzstufen helfen im Sinne eines Scaffoldings, Gedanken stringent in sprachliche Strukturen

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

zu bringen.<sup>3</sup> Ist das Verfahren eingeübt und ritualisiert, kann die Debatte in jedem Fach in verschiedenen unterrichtlichen Kontexten (auch als Mikrodebatte) oder auch in anderen schulischen Zusammenhängen (Klassenrat, Schülervertretung) im Sinne der Partizipation eingesetzt werden.

Demokratieerziehung ist nicht zu trennen von Sprachbildung. Und in der Zusammenführung dieser beiden Felder liegt der große Wert von „Jugend debattiert“. Es ist die Trias von Sprachform, Denkform und Sozialform, die das Projekt für die Schule als Ort der gelebten Demokratie so wertvoll macht. Zurzeit laufen in NRW verschiedene Projekte, „Jugend debattiert“ auch in Sprachlerngruppen zu unterrichten. So haben wir beispielsweise im vergangenen und in diesem Jahr im Rahmen eines zweitägigen Projekttages Schülerinnen

und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte der Klasse 9f des Theodor-Fliedner-Gymnasiums in Düsseldorf Kaiserswerth an die Debatte herangeführt und mit Hilfe der Debatte unterrichtliche, schulische und politische Fragen geklärt. Eine Schülerin fasst ihre Erfahrungen mit den folgenden Worten zusammen: „Durch das Debattieren lernen die Jugendlichen, bestimmte Themen zu diskutieren und andere Meinungen zu akzeptieren. Das macht meiner Meinung einen Teil der Demokratie aus, weil zu einer Demokratie das freie Sprechen, die freie Meinungsäußerung und die Diskussion gehören.“ (Gurjinder Singh, Klasse 9f). Übereinstimmend haben die Schülerinnen und Schüler am Ende der Projektstage geäußert, dass sie sich mutiger fühlen, vor einer Gruppe frei zu sprechen, und dass sie erkannt haben, dass Sachkenntnis für eine gute Debatte

unentbehrlich ist.

„Jugend debattiert“ ist ein Weg, die Forderung von Helmut Holter, dem Kultusminister von Thüringen und dem Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz 2018, umzusetzen: „Zur Demokratiebildung gehört der kulturvolle Streit um das beste Argument. Das muss in den Schulen häufiger und früher geübt werden.“<sup>4</sup>

1 vgl: *Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. KMK, 2018, S.4.*

2 vgl: *Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. KMK, 2018, S. 7.*

3 Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite [www.jugend-debattiert.de](http://www.jugend-debattiert.de)

4 <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/kultusminister-fordert-mehr-demokratiebildung-an-schulen-a2309952.html>

## „Als einzelne Person kann man sowieso nichts verändern!“ ... oder doch?

von Renate Tellgmann

→ Unsere Schule trägt seit 2008 den Namen der amerikanischen Bürgerrechtlerin Rosa Parks. Am Beispiel unserer Schule erläutere ich die Chancen und Möglichkeiten, die sich durch einen Schulnamen ergeben, denn der fast drei Jahre währende Weg dahin ist ein Beispiel für einen gelebten demokratischen Prozess.

Der Namensgebungsprozess unserer Schule wurde im November 2005 durch eine Schülergruppe auf den Weg gebracht, zu der auch Britta Graw gehörte. Sie sagte beim Festakt der Namensgebung: „Wir empfanden es negativ, dass unsere Schule keinen Namen hatte, der die Identifikation mit der Schule stärken könnte.“ Der erste Schritt war die Erstellung von Kriterien, die der/die Namensgeber\*in erfüllen sollte:

**Renate Tellgmann**

Koordination interkulturelle und interreligiöse Projekte, Beratungslehrerin Q1, Rosa-Parks-Schule



Wir als Schulgemeinschaft möchten uns mit einer Person identifizieren, die

- etwas Gutes für die Gesellschaft getan hat
- man mit etwas verknüpft, an das man sich auch nach vielen Jahren noch erinnert
- sich für Gleichberechtigung eingesetzt hat, z. B. Einsatz gegen Rassismus und Antisemitismus, gewaltloser Einsatz gegen Diskriminierung
- sich für etwas eingesetzt hat, das die Welt friedlicher macht
- mutig war und Zivilcourage zeigte
- nicht auf Grund ihrer beruflichen Stellung oder familiären Herkunft schon privilegiert war, sondern sich einfach als Mensch engagierte
- noch nicht Namensgeberin vieler Schulen ist

Es dauerte 2 ½ Jahre, bis alle Mitwirkungs-gremien der Schule, der Rat der Stadt Herten als Schulträger und die BR Münster der Um-benennung zustimmten. Während dieser Zeit hat die Schülergruppe sehr viel über Demo-kratie gelernt und vor allem auch den Mut gefunden, ihre Meinung vor Erwachsenen zu vertreten. Unsere Schülerinnen und Schüler beteiligen sich an Aktionen der „Partnerschaft für Demokratie“ der Stadt Herten, nehmen in diesem Rahmen am Jugendforum, an kommunalpolitischen Praktika für Jugendliche und an Demokratiekonferenzen teil und bringen sich so in das öffentliche Leben der Stadt ein. Seit der Namensgebung der Schule wurden Initia-tiven und Projekte im Schulleben umgesetzt, damit die Ideen, Werte und Lebensprinzipien von Rosa Parks nicht in Vergessenheit geraten und zu positivem Handeln anregen.

Dazu gehört die Feier ihres Geburtstags am 4. Februar. Während dieser Feier wird der Rosa-Parks-Award verliehen. Hier der Aus-schreibungstext:

Am 4. Februar 20XX soll zum X. Mal der Rosa-Parks-Award verliehen werden.

Es wird eine Person oder eine Schülergruppe gesucht, die dafür geehrt wird, dass sie vor-bildlich im Sinne von Rosa Parks gehandelt hat.

**Empfänger sollen einzelne Schüler\*innen, Klassen/Gruppen sein, die im Sinne von Rosa Parks gehandelt haben.**

Beispiele:

- jemand oder eine Gruppe hat Mut und Zivil-courage bewiesen, um anderen zu helfen
- eine Klasse oder Gruppe hat sich für Gleich-berechtigung und gegen Diskriminierung eingesetzt.

- a) Das kann sich auf einen bestimmten Fall beziehen.
- b) Es könnte sich auch um ein Projekt im Unterricht oder außerhalb des Unterrichts handeln.

Mögliche Themenbereiche: Rassismus/Lernen aus der Geschichte (Holocaust) usw.



Diese Feier ist gleichzeitig ein Forum für die Präsentation von Schülerbeiträgen aller Art (z. B. Gesang, Band, Theaterszenen, Texte) die in unserer Kulturschule entwickelt wurden. Unsere Paten für das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, das US-Generalkonsulat Düsseldorf, Gerald Asamoah und das Haus der Kulturen in Herten, unterstützen uns besonders auch an diesem Tag. Seit unsere Schule diesen Namen trägt, hat sich die Identifikation der SuS mit ihrer Schule gesteigert. Celine Hinsky, Schülerin der Q1,

sagt dazu: „Der Schulname bedeutet für mich, dass die Werte und Rechte, für die Rosa Parks gekämpft hat, genau dort weiterleben können, wo auch die Zukunft unserer Gesellschaft liegt und die Menschen von morgen geprägt werden.“ Der Einsatz für Gleichberechtigung, gegen Rassismus und Mobbing ist nicht immer einfach. Auch deshalb ist unser Schul-motto ein Zitat von Rosa Parks:

„Ohne Mut und Inspiration werden Träume sterben, die Träume von Freiheit und Frieden.“



# Was ist Demokratie? Einige Äußerungen von Kindern einer dritten Klasse

von Ulrike Cox



Demokratie heißt, sein Land gut behandeln. Es heißt, sich nicht direkt bedienen zu lassen. Es ist nicht das Beste, gleich den Krieg anzufordern.

Demokratie ist die Wahl des Bürgermeisters.



Zur Demokratie gehören eine demokratische Abstimmung, die Klassensprecher und die Klassensprecherversammlung.

Demokratie ist unsere Klassensprecherwahl. Da werden Kinder genannt, geheim gewählt und wer am meisten Stimmen hat, ist Klassensprecher.

Demokratie heißt: wählen, abstimmen, Geheimwahl, treffen, zuhören, aufpassen.



Demokratie ist Geheimwahl.



Demokratie ist eine Wahl, dann stimmt man gegen Rassismus oder für Rassismus.

Demokratie ist Frieden.



# Das Kinder- und Jugendparlament Recklinghausen

von Katharina Welslau

Hauptaufgabe des Kinder-, und Jugendparlamentes Recklinghausen (im Folgenden abgekürzt als KiJuPa) ist die Partizipation und die Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen in der Politik. So hat das Parlament im Ausschuss Kinder, Jugend und Familie zwei feste Sitze, Rede- und Antragsrechte,



ebenso im Koordinierungskreis für Toleranz und Zivilcourage, im Kinder- und Jugendrat NRW und in der AG Spielflächen. Darüber hinaus hat es zwei Gästeplätze im Schulausschuss und beteiligt sich am Kreisgremium. Die Kinder- und Jugendparlamentwahlen finden alle drei Jahre im September an den weiterführenden Schulen der Stadt Recklinghausen und in den Jugendzentren statt. Bereits vor den Sommerferien des jeweiligen

Wahljahres sind die noch gewählten Vertreter der jeweiligen Schule mit der Koordinatorin in einer Pause auf dem Schulhof ihrer Schule präsent, sodass jede der 14 Schulen in Recklinghausen einmal besucht wird. Ebenso werden im Nachmittagsbereich die neun Jugendeinrichtungen besucht. In den Schulen, sowie in den Jugendeinrichtungen stellen die Mit-

glieder des KiJuPas ihre Arbeit vor und werben für die Wahl. Mit einem Steckbrief kann jedes Kind und jeder Jugendliche im Alter von 10 bis 19 Jahren für sich werben und sich aufstellen lassen. Gewählt werden kann jedes Kind, das einen festen Wohnsitz in Recklinghausen hat und am Tag der Wahl mindesten 10 Jahre und maximal 19 Jahre alt ist. Jede Schule erhält zwei feste Mandate. Hierbei gilt, dass ein Vertreter oder eine Vertreterin aus der Altersklasse 10 bis 14 Jahre und ein Vertreter oder eine Vertreterin aus der Altersklasse 15 bis 19 Jahre gewählt wird. Darüber hinaus erhalten die Schulen abhängig von ihrer Schülerzahl zusätzliche Mandate, die nicht an das Alter gebunden

sind. Jugendzentren erhalten zwei Mandate und Jugendtreffs ein Mandat. Die Mandatsverteilung legt der Fachbereich Schule und Sport fest.

Die 59 gewählten Mitglieder des Parlaments schließen sich in ihrer dreijährigen Legislaturperiode zu verschiedenen Arbeitsgruppen zusammen und arbeiten an neuen Konzepten, Aktionen und Kampagnen. Hierbei sind sie frei in der Gestaltung und in ihrer Themenwahl. Sie werden von einem Sozialarbeiter oder einer Sozialarbeiterin, der oder die ihnen beratend zur Seite steht, betreut. Durch die Angliederung an das Amt für Kinder, Jugendliche und Familie in Recklinghausen, ist es den Mitgliedern des KiJuPas ohne großen Aufwand möglich, sich in speziellen Fragen direkt an zuständige Mitarbeiter zu wenden. Das Parlament wählt in der konstituierenden Sitzung einen Vorsitz. Dieser wird als Leitungsgremium bezeichnet. Es besteht aus vier Mitgliedern des Parlaments, wobei ein Mitglied in der Altersspanne von 10 bis 14 Jahren und ein Mitglied in der Altersspanne von 15 bis 19 Jahren liegen muss. Die anderen zwei Plätze können ohne Beachtung des Alters besetzt werden. Das Leitungsgremium vertritt das KiJuPa in der Öffentlichkeit, ist für die Pressearbeit zuständig und hat den Überblick über laufende Geschäfte.

## Die Möglichkeiten (und Notwendigkeiten) der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft und in der Schule sind vielfältig.

### Diese Links helfen Ihnen weiter:

Die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW unterstützt und berät Sie rund um das Thema Beteiligung und Mitbestimmung und bei der Umsetzung Ihrer Beteiligungsvorhaben – in Schule und Gesellschaft: [www.jugendbeteiligung-in-nrw.de](http://www.jugendbeteiligung-in-nrw.de).

In Rheinland-Pfalz erhalten Sie weitere Informationen unter: [jes-rlp.de/dachverband](http://jes-rlp.de/dachverband) und im Saarland unter: [www.jugendserver-saar.de](http://www.jugendserver-saar.de).

Bundesweit: [www.bildungserver.de/Partizipation-von-Kindern-4426-de.html](http://www.bildungserver.de/Partizipation-von-Kindern-4426-de.html)

Hier finden Sie zusätzlich etwas zu Kinderrechten und Kinderarbeit als Thema im Unterricht. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung oder die Landeszentralen halten Materialien bereit.



# Ein Hain der Menschenrechte

von Volker Hardt

Seit acht Jahren gibt es in Recklinghausen einen „Hain der Menschenrechte“. Der Hain besteht aus 30 Bäumen aus vielen Ländern der Erde. Damit soll ausgedrückt werden, dass die Menschenrechte global über alle Grenzen hinweg gelten, universal sind.



Die Öffentlichkeit wurde aufgerufen, Patenschaften für die Bäume und ihre Pflege zu übernehmen. Etwa 500 Meter vom Hain der Menschenrechte entfernt liegt die Otto Burrmeister-Realschule. Daher lag es im wahrsten Sinne des Wortes nahe, dass die Schule eine Baum-Patenschaft übernahm. Konkret hat dies die Umwelt-AG der Schule, der „Grüne Otto“ getan, die sich seitdem um „ihren“ Baum, eine deutsche Stieleiche, kümmert. Selbstverständlich übernimmt die AG aber auch die Pflege der anderen 29 Bäume mit.

Jeden 2. Mittwoch macht die Umwelt-AG einen Kontrollgang, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern werden Abfälle entfernt, bei Bedarf die jeweiligen Baumscheiben gelockert und mit gespendeten Blütenpflanzen bepflanzt, auch wegen der Insekten. Zwei verglaste Informationsstände geben Kurzauskunft über alle 30 Bäume und enthalten den Wortlaut aller 30 Menschenrechte.

Darüber hinaus hat der „Grüne Otto“ an etlichen Bäumen selbstgebaute Nistkästen und kleine

Baumscheiben-Insektenhotels angebracht. Viele Besucherinnen und Besucher durchqueren den Hain und begutachten die Schilder am Fuß der Bäume, die Auskunft geben über das Herkunftsland und die Baumart. Und wenn Schilder, z. B. mit rechten Sprüchen besprayt werden, übernimmt die Umwelt-AG die Reinigung, denn den Schülerinnen und Schülern ist sehr bewusst, dass aus dieser Ecke Gefahr für die Demokratie und damit für die Menschenrechte droht. Der Hain der Menschenrechte grenzt an seinem westlichen Ende an einen Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg. Auf dieses Spannungsverhältnis wird öfter hinge-



**Volker Hardt**

Jahrgang 1944, Studium: Schauspielschule, Theaterwissenschaften, Germanistik, Jura, Ökologie; freier Mitarbeiter/ökolog. Gutachter, Rechtskundeführer, städt. Mitarbeiter im Fachbereich Umwelt, langjähriger Leiter einer Umwelt-AG an der Realschule (inzwischen ehrenamtlich)

wiesen, z. B. wenn anlässlich von Festen der Bürgermeister oder die Superintendentin zum Hain der Menschenrechte kommen.

Es herrscht also nicht nur viel Leben in den Baumkronen und auf den Böden, sondern die Menschenrechte, Basis jeder Demokratie, werden auf eine besondere Art lebendig und warnen zugleich vor den Folgen einer Diktatur, für die symbolisch der Bunker steht.



von Gerda E.H. Koch  
und Holm Schüler

## Eid und Entscheidung

Am 20. Juli 2019 wurde an den 75. Jahrestag des Attentats auf Hitler erinnert.

Auch wenn 1944 von den Widerstandskämpfern nicht die Gründung einer Demokratie geplant war, so ging es doch darum, ein skrupelloses, diktatorisches, mörderisches System zu zerstören. Wäre das Attentat geglückt, hätte es Millionen von Menschenleben retten können. Während der letzten Kriegsmomente sind mehr Opfer zu beklagen als in den Kriegsjahren davor.

Was bedeutet die Erinnerung an die Widerstandskämpfer für unsere Demokratie heute? Wir fanden wichtige Impulse in einer lange zurückliegenden Rede des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der den 25. Jahrestag des Attentates würdigte.

Download der gesamten Rede:  
<https://www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/eid-und-entscheidung-dr-dr-gustav-heinemann-19071969>

### Gustav Heinemann

#### Eid und Entscheidung

Zitate aus der Gedenkrede des Bundespräsidenten Gustav Heinemann am 19. Juli 1969 in der Gedenkstätte Plötzensee, Berlin

„[...]

Wie war es möglich – so müssen wir uns auch heute wiederum fragen –, dass Menschen unseres Volkes sich im sogenannten Dritten Reich in Selbstüberhebung, in Rassenwahn und Eroberungssucht verloren? Wie war es möglich, dass bürgerliche Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung so barbarisch missachtet werden konnten? Aus dieser Frage dürfen wir uns nicht davonstellen, wenn wir mit uns selber zurechtkommen wollen.

[...]

Diese nur knappen Striche und nur diese Einzelheit wollen andeutend sagen, dass das Dritte Reich nach meinem Urteil kein Betriebsunfall gewesen, also nicht etwa nur durch die Arbeitslosigkeit um 1930 oder durch Reparationslasten des Versailler Vertrages von 1919 verursacht worden ist.

[...]

Werden wir die freiheitliche Demokratie jetzt bewahren, zur sozialen Demokratie weiterentwickeln und zu unserem Lebens- element machen?

[...]

Wenn ich mich jetzt noch einigen Überlegungen zu der Frage zuwenden darf, welche Flamme wir im Gedenken an die Widerstandskämpfer am Brennen halten wollen, so sollte als Erstes die eindringliche Warnung vor neuem Nationalismus ausgesprochen werden.

[...]

Bei meiner Eidesleistung am 1. Juli habe ich davon gesprochen, dass unsere freiheitliche demokratische Ordnung eines weltanschaulich neutralen Staates ein großes Angebot ist. Dieses Angebot wahrzunehmen, zu leben und zu verwirklichen gehört zu den Vermächtnissen des Widerstandes.“

© 2004 Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Was ist Demokratie? Das sagen Kinder einer dritten Klasse

**Demokratie heißt, sein Land gut behandeln. Es heißt, sich nicht direkt bedienen zu lassen. Es ist nicht das Beste, gleich den Krieg anzufordern.**

**Demokratie heißt: wählen, abstimmen, Geheimwahl, treffen, zuhören, aufpassen.**

**Demokratie ist eine Wahl, dann stimmt man gegen Rassismus oder für Rassismus.**

# Erinnerungskultur – ein Beitrag zur Demokratie-Erziehung

TITELTHEMA .

von Axel Schneider

➔ Auf der Herbstsynode des Kirchenkreises Aachen stand das Thema „Frieden geht anders“ im Mittelpunkt. Daran wird auch in diesem Jahr weiter gearbeitet. Der Leiter der Viktoriaschule in Aachen, einer evangelischen Schule in kirchlicher Trägerschaft, beschreibt die Erinnerungskultur an der Schule im Zusammenhang mit der Forderung nach Würde und gleichen Rechten aller Menschen aus christlicher Verantwortung.

Auf dem „Weg zum gerechten Frieden“ zu sein bedeutet, den Begriff der Erinnerungskultur mit Leben und aktualisierenden Bezügen zu füllen. Eine Möglichkeit ist es, das Nachdenken über den Begriff der Würde in den Mittelpunkt zu stellen, nicht nur als Zentralwert unseres Grundgesetzes, sondern auch mit Blick auf Entwicklungen in unserer Gesellschaft: Nicht nur im Internet wird die Würde des Einzelnen immer weniger respektiert. Menschen sind stets Zweck und niemals Mittel – diese Wahrheit Kants hat unsere Geschichte seit der Aufklärung geprägt. Der selbst denkende und verantwortlich handelnde Mensch ist Erziehungsziel bis heute geblieben und macht demokratisches Leben und Handeln möglich. Dazu gehören auch die Emanzipation der jüdischen Bürger\*innen seit 1800 und der Schutz ihrer Würde. Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Würde in gleicher Weise. Ohne diesen verbindlichen Wert wäre z. B. der europäische Einigungsprozess nicht möglich gewesen. Unsere Aufgabe heute ist es, die Würde des Einzelnen zu schützen und ihre Bedeutung für ein gelingendes Zusammenleben zu entfalten. Die Antwort z. B. auf zeitgenössischen Antisemitismus ist zunächst einmal nüchterne Information und Aufklärung. Für uns Christen ist ferner der Glaube an einen menschenfreundlichen Gott wesentlich, der uns zur klaren Stellungnahme bei gesellschaftlichen Konflikten auffordert.

Lernen aus der Geschichte ist möglich und nötig! Wer geschichtliche und gesellschaftliche Prozesse in der Rückschau nicht aufarbeitet, lebt in der Gefahr, Fehler zu wiederholen. Daher steht am Eingang zum Stammlager in Auschwitz der Satz Primo Levis: „It happened, therefore it can happen again.“ Sollte jede/r deutsche Schüler\*in einmal in Auschwitz gewesen sein? Die Viktoriaschule ermöglicht 25 Schüler\*innen jedes Jahr, sich für eine Erinnerungsfahrt nach Auschwitz zu bewerben. An jedem 27. Januar gestaltet die Gruppe aus diesem Jahrgang die Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Lagers als Andacht für die Oberstufe. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage beginnt einen nötigen Dialog, der gerade in unserer Kirche mit ihren Angeboten für Jugendliche geführt werden sollte. Bald wird es keine lebenden Zeitzeugen mehr geben. Dann wird das Unerzählbare nicht mehr persönlich erzählbar sein, das Unbegreifliche wird dann nicht mehr durch persönliche Begegnung greifbar. Zeitzeugen vermögen zu verdeutlichen, dass Hunger genauso Gewalt sein kann wie die Trennung von Angehörigen oder das Sterben anderer mitansehen zu müssen. Für zahlreiche Überlebende spielt die Religion auch im Rückblick eine große Rolle: „Wenn Gott es will, dann überlebe ich“ – so Erna de Vries (Auschwitz- und Ravensbrück-Überlebende) in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 14. April 2019. Erna de Vries vergibt nicht allen Aufsehern, aber sie empfindet keinen Hass. „Die Erinnerung bewahren, das ist ihre Aufgabe geworden.“ Für vier Stolpersteine im Frankenberger Viertel übernimmt die Viktoriaschule die Patenschaft und Pflege. Ferner wird im Geschichtsunterricht das Schicksal einzelner jüdischer Bürger\*innen recherchiert, um dann Stolpersteine bei der Stadt Aachen zu beantragen und verlegen zu lassen. Die Finanzierung

hierfür übernimmt der Förderverein. Auch die Auseinandersetzung mit den Tafeln „Wege gegen das Vergessen“ im Stadtgebiet und der Blick für die Begegnung junger Menschen aus verschiedenen Ländern sind uns wichtig. So besuchen unsere Schüler\*innen nicht nur die Kathedrale in Reims beim Austausch mit dem dortigen Gymnasium Jean Jaures, sondern fahren auch zur Gedenkstätte in Verdun, um die Brutalität des Stellungskriegs im Ersten Weltkrieg erfassen zu können. Für Schüler\*innen der Qualifikationsphase gibt es Tagesfahrten nach Ypern.

Eine Stunde Busfahrt von Aachen entfernt liegt die ehemalige NS-Ordensburg Vogelsang, die regelmäßig von Geschichtskursen der Viktoriaschule besucht wird. Auf dem Weg dorthin gibt es Informationen zu den Überresten des Westwalls, die an der Fahrtstrecke immer wieder auftauchen.

In Klasse 8 gehört der Besuch der Synagoge in Aachen zum Programm des Religionsunterrichts. Da die Mutter von Anne Frank Schülerin der Viktoriaschule war, gibt es einen besonderen Kontakt zum Anne-Frank-Haus in Amsterdam, das mehrere Fotos der Mutter Holländer für ihr Archiv von uns bekommen hat. 1936 wurde die Viktoriaschule als evangelische Privatschule von den Nazis geschlossen und mit dem Lyzeum St. Leonhard verschmolzen. Für jüdische Familien war die Viktoriaschule bis dahin viele Jahrzehnte die wichtigste höhere Bildungsanstalt gewesen. Mindestens 18 ehemalige jüdische Schülerinnen haben den Holocaust überlebt.

**Axel Schneider**

bis Sommer 2019 Schulleiter der Viktoriaschule Aachen, zeitweise Mitglied der Landessynode der Ev. Kirche im Rheinland, Mitglied der Kreissynode des Kirchenkreises Aachen (AG Frieden), in der Erwachsenenbildung des Kirchenkreises tätig, GEE-Mitglied seit 1983



# Evangelisch für Demokratie – unsere Gedanken zum Aufruf der EKD

von Holm Schüler

„Dein Glaube – Deine Demokratie!“ Unter diesem Titel hat die Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend aktuell einen „Protestantischen Aufruf zur Stärkung der Demokratie“ in sieben Thesen gefasst (siehe: [www.ekd.de/ein-protestantischer-aufruf-zur-staerkung-der-demokratie-46200.htm](http://www.ekd.de/ein-protestantischer-aufruf-zur-staerkung-der-demokratie-46200.htm)). Wir begrüßen die Initiative, in einer von Populismus und zunehmender Fremdenfeindlichkeit geprägten Zeit, auf die Notwendigkeit demokratischen Engagements bei Jugendlichen hinzuweisen.

Der Aufruf hat uns als Redaktionsteam motiviert, weitere Thesen zu ergänzen. Jugendliche suchen in der Gesellschaft nach Gruppen und Institutionen, die eine klare Position in Sachen Demokratie beziehen und die sie bei ihren Bemühungen um eine menschlichere Gesellschaft unterstützen. Wir wollen daher keine moralischen Forderungen an die heranwachsende Generation richten, sondern wünschenswerte Positionen und Aktionen der Kirche benennen, die Jugendliche zum Mitmachen einladen und sie in ihrem Handeln für eine demokratische Gesellschaft unterstützen. Dazu beispielhaft vier ergänzende Thesen-Vorschläge:

Was ist Demokratie? Das sagen Kinder einer dritten Klasse

**Demokratie ist Frieden.**

**1.** Unser Glaube lehrt uns Nächstenliebe und die Anerkennung aller Menschen als Ebenbilder Gottes. Oft haben wir als Kirche in der Vergangenheit versagt. Umso mehr gibt es uns heute die Richtung für unser Handeln an.

**Darum** verurteilen wir als Kirche aufs schärfste alle Verharmlosungen des Holocaust oder der Fremdenfeindlichkeit und unterstützen inhaltlich und finanziell Bildungsmaßnahmen insbesondere für Jugendliche zum Thema Gedenkkultur.

**2.** Im Schöpfungsbericht wird dem Menschen Verantwortung für die Erde übertragen. **Darum** unternehmen unsere Gemeinden alle erdenklichen Anstrengungen, durch konkrete ökologische Projekte und die Unterstützung von Umwelt-Initiativen – auch an Schulen – Jugendlichen für ihr demokratisches Engagement Hilfe und Vorbild zu sein.

**3.** Geschwisterlichkeit ist eine Säule unseres Glaubens. **Darum** kämpft unsere Kirche mit aller Kraft im politischen Bereich und in der Bildungsarbeit gegen propagandistische Lügen und Halbwahrheiten, die sich gegen andere richten und verurteilt die Verursacher. In Jugendbildungs-Seminaren und (Lehrer)Fortbildungen üben wir einen kritischen Umgang mit Medien ein und unterstützen aufklärende Studienreisen und Austauschprogramme mit anderen Ländern, um Jugendlichen authentische Informationen zu ermöglichen.

**4.** Die Hoffnung auf das kommende Reich Gottes gibt uns Kraft und Mut, Missstände wie Gewalt, Armut, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung zu bekämpfen und uns für eine bessere Welt zu engagieren.

**Darum** arbeiten wir als Christinnen und Christen mit gleichgesinnten Religionsgemeinschaften, Initiativen und Projekten zusammen und unterstützen sie. Wir bieten Gottesdienste und Veranstaltungen an, in denen wir fröhlich und hoffnungsvoll gemeinsam nachdenken, kreativ Handlungsperspektiven entwickeln und konkrete Projekte zu den Themen Demokratie, Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung durchführen.

## Einladung an die heranwachsende Generation:

Für unser Bemühen brauchen wir euch, eure Kreativität und euer Engagement. Lasst uns gemeinsam an einer besseren Gesellschaft arbeiten.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

zusammen mit Ihnen wollen wir weiter darüber nachdenken, wie ein Engagement der Christinnen und Christen sowie der Kirchen für Demokratie in der heutigen Zeit ausse-

hen sollte. Formulieren Sie weitere Thesen als Einladung für Kinder und Jugendliche und als Herausforderung für christliches Handeln heute. Wir freuen uns über Ihre Zusendung!

### Mitgliederversammlung 2019

Am 16. März fand die Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Evangelische Erziehung und Bildung (GEE) zum ersten Mal im Haus der Kirche des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg statt. Es ist das Haus in der Duisburger Innenstadt, Burgacker 12–14, in dem auch die Geschäftsstelle der GEE ihre Büroräume hat.

Der wichtigste Punkt dieser Mitgliederversammlung war die Wahl eines neuen Vorstandes.

Es kandidierten und wurden gewählt:

Vorsitzender: Manfred Heyden

Stellv. Vorsitzender: Dr. Rainer Möller

Schatzmeister: Wilfried Paeper

Beisitzer: Holm Schüler

Beisitzerin: Verena Hertel

Beisitzerin: Gerda Koch

Mechtild Peisker, Wilhelm Derichs und Bernd Giese haben sich nicht mehr aufstellen lassen und sind aus der Vorstandsarbeit ausgeschieden.

Auch an dieser Stelle möchte ich mich im Namen der GEE für ihre langjährige Tätigkeit für unsere Gesellschaft bedanken.

Falls bei Mitgliedern Interesse am Protokoll besteht, so lassen sie es Frau Backes,

unsere Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle wissen. Es kann digital oder auch per Post an Interessierte versandt werden, sobald der neue Vorstand es genehmigt hat.

Der eigentlichen Mitgliederversammlung war ein thematischer Teil vorangegangen, für den wir Professor Dr. Okko Herlyn gewinnen konnten. Er hielt einen Vortrag zum Thema: „Wir gehen einer völlig religionslosen Zeit entgegen“ – Bonhoeffers Irrtum und die Folgen.

Auch diesen Text können Mitglieder bei Wunsch in digitaler oder gedruckter Form bekommen.

## Es stellt sich vor: Der neue Vorstand der GEE

### Gerda E.H. Koch

Kaum im Schuldienst, wurde ich Mitglied der GEE und begeisterte Teilnehmerin an den Tagungen. Als Schulreferentin habe ich später selbst GEE-Tagungen geleitet und geplant. Dies wurde sogar mein Hauptberuf als Studienleiterin der GEE. Als die Sparmaßnahmen die GEE drastisch trafen, ging ich zufällig zeitgleich in den Ruhestand und kann diese Arbeit seitdem ehrenamtlich weiterführen. Meine Schwerpunkte: Begegnung mit dem Judentum, Aufarbeitung der NS-Vergangenheit für die schulische Arbeit, Förderung der Erinnerungs- und Gedenkarbeit (alles auch im europäischen Kontext), Beziehungen zu Israel. Dies erfolgt in Form von Tagungsangeboten, Studienreisen und Publikationen. Zurzeit arbeite ich mit einem kleinen Team an der Fertigstellung einer Orientierungshilfe zur Holocaust-Education, die wir im nächsten Journal kurz vorstellen werden.

Diese Themen in die Schulen zu bringen und in pädagogischen wie theologischen Diskussionen voranzubringen, ist der GEE seit ihrer Gründung vor fast 70 Jahren immer ein besonderes Anliegen. Angesichts der Zunahme von Antisemitismus und rechtsextremen sowie populistischen Parolen in der Öffentlichkeit wünsche ich mir als Vorstandsmitglied, dass die GEE weiterhin dieses Themenfeld zukunftsweisend aufgreift und demokratische Erziehung in den Schulen fördert. Der Einsatz gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit wird noch lange eine bleibende Aufgabe der GEE sein müssen.

*Gerda E.H. Koch (Foto: 1. Reihe, 2. v. rechts)*

### Holm Schüler

Nach meiner Ausbildung als Lehrer und Diplom-Pädagoge arbeitete ich als Jugendbildungsreferent für Ökumene in Villigst, danach elf Jahre als Gesamtschullehrer in Dortmund

und von 1992 bis 2017 als Schulreferent der Kirchenkreise Recklinghausen und Gladbeck-Bottrop-Dorsten. Begleitend war ich über 25 Jahre Lehrbeauftragter für Politikwissenschaften. Nun bin ich Geschäftsführer des Verlages KreaShibai, der Lernmaterialien zur Sprachförderung entwickelt und vertreibt. Besonders engagiert habe ich mich für die Waldenserkirche in Italien, mit deren Gymnasium wir lange Zeit einen Schüleraustausch organisiert haben und für Schulprojekte in Namibia, Südafrika und Tansania. Ich freue mich, im Vorstand und am Journal mitarbeiten zu können und wünsche mir, dass unsere Veröffentlichungen und Veranstaltungen zum Dialog einladen und wir stärker miteinander ins Gespräch kommen. Mit dem Journal wollen wir uns zukünftig auch in die bildungspolitische Diskussion einmischen und konkrete, wenn es sein muss auch unbequeme Positionen beziehen.

*Holm Schüler (Foto: 2. Reihe rechts)*

## Manfred Heyden

Die Brücke der Solidarität

... liegt auf meinem Weg von meinem Wohnort Duisburg-Rheinhausen über den Rhein zur Geschäftsstelle im Zentrum Duisburgs. Der Name der Brücke erinnert an den friedlichen Arbeitskampf der Rheinhauser Hüttenwerker vor 30 Jahren um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Das erinnert mich schon, wenn auch mehr in einem übertragenen Sinne, an den Einsatz des Vorstandes der GEE für das Fortbestehen ihrer Pädagogischen Akademie. Ich freue mich als Vorsitzender der GEE jetzt und heute an dieser Stelle tätig sein zu können. Wichtig war den Menschen des Hüttenwerks damals die Frage nach der Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Die Probleme konnten, wenn auch nicht ohne schmerzliche Einschnitte, gelöst werden.

Auch wir können heute sagen, dass die mittelfristige Zukunft der Pädagogischen Akademie gesichert ist. Sie wird offen sein für neue Aufgaben und neue Methoden, um den in der Satzung formulierten Zielen entsprechen zu können.

Mein Optimismus speist sich aus der Beobachtung, dass sich sowohl der Vorstand, aber auch die Mitglieder der Gesellschaft für Evangelische Erziehung und Bildung als Gemeinschaft verstehen, die sich solidarisch verhalten. Lassen sie uns noch lange gemeinsam über die Brücke der Solidarität fahren!

*Manfred Heyden (Foto: 1. Reihe, Mitte)*

## Rainer Möller

Mit der GEE bin ich nun schon seit knapp 20 Jahren verbunden. Als ich 1999 Schulreferent in Koblenz wurde, kam ich zur GEE und wurde ein paar Jahre später auch in den Vorstand gewählt. Wir erlebten damals im Vorstand die harten Einschnitte und dann den vollständigen Rückzug der rheinischen Landeskirche aus der Arbeit der GEE. Mit meinem Wechsel zum Comenius-Institut 2011 schied ich als Vorstandsmitglied aus. Jetzt bin ich wieder im Vorstand und möchte die neue, rein ehrenamtliche Arbeit der GEE mit allen Kräften unter-



stützen. Vor allem die Lehrer\*innenbildung und das interreligiöse Lernen liegen mir am Herzen. Darum möchte ich in der GEE die aktuellen Herausforderungen einer bunten, auch religiös vielfältigen Gesellschaft bearbeiten.

*Rainer Möller (Foto: 1. Reihe, rechts)*

## Verena Hertel

Seit 2002 arbeite ich mit großer Freude mit der GEE zusammen – zunächst als Referentin, seit einigen Jahren zusätzlich im Vorstand. Ich habe Mathematik, Geographie und Evangelische Theologie studiert, viele Jahre zunächst als Lehrerin, dann als Stellvertreterin und zuletzt als Schulleiterin einer Realschule gearbeitet. Heute studiere ich Arbeits- und Organisationspsychologie mit dem Ziel, den Master zu machen und bin freiberuflich als Fortbildnerin, Trainerin, Moderatorin und Coach unterwegs. Mich bewegt, was die Welt im Innersten zusammenhält. Das versuche ich in Schule, öffentlicher Verwaltung und anderen Einrichtungen erlebbar zu machen durch Fortbildungen im Bereich Organisation, Kommunikation und Qualitätsentwicklung. Nähere Informationen sind meiner Website zu entnehmen.

Die GEE bietet für mich deshalb besonders gute Möglichkeiten, da sie mit einem Menschenbild unterwegs ist, das dem meinen entspricht: Der Mensch im Mittelpunkt. Dazu gehört, ehrliche Bestandsaufnahmen zu machen und daraus einen Plan zu entwickeln, der den Menschen hilft, mit der Situation vor Ort besser zurechtzukommen.

*Verena Hertel, [www.strategiekonkret.de](http://www.strategiekonkret.de)*

*(Foto: 2. Reihe, links)*

## Wilfried Paeper

Circa 35 Jahre war ich bei einem großen deutschen Telekommunikationsunternehmen als Diplom-Ingenieur beschäftigt, die letzten zehn Jahre dabei als Controller im Finanzwesen.

Durch meine Frau, die Lehrerin an der Parkschule in Friedrichsfeld, Voerde war, lernte ich die Bildungsangebote der Pädagogischen Akademie kennen. Da das Programm der GEE mir zusagte, wurde ich auch Mitglied der GEE. Nach der Erkrankung von Horst Herget nahm ich für ihn die Vertretung der Tagungsleitung bei einigen Veranstaltungen wahr und führe nach seinem Tod dieses Programm, erst in Zusammenarbeit mit Dr. Gürth und danach mit H. Wittmann, weiter.

Vor einigen Jahren suchte die GEE jemanden, der ehrenamtlich die Buchführung übernehmen könnte und etwas von Büroorganisation verstünde. Nach einiger Überlegung und Gesprächen mit Martina Koenen und Bernd Giese erklärte ich mich bereit, diese Tätigkeit auszuführen.

Auf der Mitgliederversammlung 2015 wurde ich zum Schatzmeister gewählt. Meine Hauptaufgabe sehe ich darin, die schwierige finanzielle Situation der GEE, bedingt durch den Fortfall der finanziellen Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland, weiter zu verbessern und zu stabilisieren, sodass die GEE in der Lage ist, ihre bisherige Tätigkeit noch möglichst viele Jahre auszuführen.

*Wilfried Paeper (Foto: 1. Reihe, links)*



# Zypern – erleben und sehen!

von Manfred Heyden

Unter diesem Motto stand unsere Studienreise im Oktober 2018.

Ein halbes Jahr später stehe ich in einer Ausstellung mit dem Titel ‚Frieden geht anders‘. In ihr wird anhand von sieben konkreten Konflikten gezeigt, wie mit unterschiedlich gewaltfreien Methoden Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen verhindert werden konnten. Ein Beispiel ist Zypern!

Friedensmission auf Zypern und

Blauhelme verhindern Schlimmeres

lese ich als Überschriften auf den ‚Roll-Ups‘.

Ich bin natürlich besonders interessiert und schaue mir die Plakate, die Texte und auch Bilder zeigen, genauer an.

Zwei Fotos fallen mir sofort auf. Ich habe sie nämlich auch gemacht:



Da hatten wir genau die Hälfte unserer Reise geografisch wie auch zeitlich hinter uns.

Wir befanden uns in Nikosia, der Hauptstadt Zyperns.

Vorher waren wir im Süden, in dem Teil der Republik Zypern, in dem griechisch gesprochen wird. Unter anderem hatten wir Paphos (Kulturhauptstadt Europas 2017), die Scheunenkirche zum ‚Heiligen Nikolaus vom Dach‘ und auch das aufstrebende Limassol gesehen.

Nun waren wir auf die Grenze gespannt. Aber der Übergang war völlig unproblematisch.

Zweimal den Personalausweis gezeigt und man konnte den nördlichen Teil der seit 1974 geteilten Stadt und Insel betreten.

Jetzt erlebten wir die Freundlichkeit der nun türkisch sprechenden Menschen. Wir sahen zum Beispiel die alte Hafenstadt Kyrenia/Girne, besuchten das Barnabaskloster, und auch Famagusta. Besonders eindrücklich war ein gemeinsames Brotbacken.

Auf dem Roll-Up der Ausstellung konnte man lesen:

„Ich bin sicher, dass wir nicht als Soldaten, sondern von beiden Seiten als Helfer und Vermittler gesehen wurden.“

Wenn ich auf die beiden Fotos schaue und an die Gespräche im Norden und Süden denke, dann bin ich nicht ohne Hoffnung, dass die beiden Teile der schönen Insel – wenn auch nicht kurzfristig – wieder zueinander finden können. 

# Veranstaltungen

GEE-Nr. 19/02/09 – Villigst/Schwerte

**10. September 2019, 9.30 bis 16.00 Uhr**

**Das geht auch mich an**

Eine Orientierungshilfe zur Holocaust-Education  
Mit Gerda E.H. Koch und Holm Schüler

GEE-Nr. 19/01/13 – Duisburg

**13. September 2019, 10.00 bis 16.00 Uhr**

**Schwierige (Eltern-) Gespräche**

Mit Verena Hertel

GEE-Nr. 19/02/11 – Recklinghausen

**15. September 2019, 14.00 bis ca. 16.00 Uhr**

**Der letzte „Jolly Boy“**

Dokumentarische Reise mit einem Holocaust-Überlebenden  
Mit Dr. Ulrich Spies

GEE-Nr. 19/02/12 – Recklinghausen

**18. September 2019, 17.00 bis ca. 20.30 Uhr**  
**Gerettet**

Berichte von Kindertransporten nach England  
Lehrerfortbildung und Lesung  
Mit Prof. Dr. Eva Maria Thüne, Bologna (Autorin)

GEE-Nr. 19/02/13 – Bad Kreuznach

**29. Oktober 2019, 12.30 bis 17.00 Uhr**

**Das geht auch mich an**

Eine Orientierungshilfe zur Holocaust-Education  
Mit Gerda E.H. Koch und Kirsten Neumann

GEE-Nr. 19/02/14 – Recklinghausen

**4. November 2019, 19.30 bis ca. 21.00 Uhr**

**Zur Woche Demokratie:**

**Mord im Ministerium.**

**Tod eines Demokraten – Dr. Erich Klausener**

Mit Georg Möllers

GEE-Nr. 19/02/15 – Recklinghausen

**6. November 2019, 19.30 bis ca. 21.00 Uhr**

**Zur Woche der Demokratie:**

Was ist eigentlich Populismus und wie gefährlich ist er?  
Mit Prof. em. Dr. Karin Priester, Münster

GEE-Nr. 19/02/16 – Recklinghausen

**7. November 2019, 19.00 bis ca. 20.30 Uhr**

**Ende der Maloche im Kohlebergbau**

Auch jüdische Arbeiter waren unter Tage dabei  
Mit PD Dr. Ludger Joseph Heid

GEE-Nr. 19/02/17 – Recklinghausen

**9. November 2019, 18.00 bis ca. 19.30 Uhr**

**Zur Woche der Demokratie:**

**Wunderbare Jahre?**

**Deutsch-Deutsche Demokratie –**

**30 Jahre nach dem Mauerfall**

Eine poetisch-politische Lesung mit Musik  
Mit Michael van Ahlen, Holger Freitag, Gerda E.H. Koch, Georg Möllers, Jürgen Pohl und der Jazzband des Jugendsinfonieorchesters (Lg. Peter Nickel)

GEE-Nr. 19/01/14 – Dortmund

**20. November 2019, 13.00 bis 17.00 Uhr**

**Sprachkompetenz durch KamiShibai**

Mit Holm Schüler

GEE-Nr. 19/01/15 – Duisburg

**21. November 2019, 13.00 bis 17.00 Uhr**

**Sprachkompetenz durch KamiShibai**

Mit Holm Schüler

GEE-Nr. 19/02/18 – Dortmund

**21. November 2019, 19.00 bis ca. 20.30 Uhr**

**Der Widerstand gegen Hitler im Spiegel der Rechtsprechung der Bundesrepublik**

Rühmliches und Unrühmliches aus der deutschen (Rechts-)Geschichte  
Mit Dirk Frenking, Richter am OLG

GEE-Nr. 19/02/19 – Dorsten

**21. November 2019, 19.30 bis ca. 21.00 Uhr**

**Jüdisch sein im Revier**

Mit Judith Neuwald-Tasbach, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen

GEE-Nr. 19/01/16 – Duisburg

**25. November 2019, 10.00 bis 16.00 Uhr**

**So motivieren Sie sich und Ihre Schüler**

Mit Verena Hertel

GEE-Nr. 19/02/20 – Recklinghausen

**26. November bis 22. Dezember 2019**

**Ausstellung: „Du Jude!“**

Alltäglicher Antisemitismus in Deutschland  
Eine Ausstellung für Jugendliche und junge Erwachsene

Ausstellungseröffnung am 3. Dezember 2019 um 16.30 Uhr im Rathaus

Mit Christoph Tesche, Bürgermeister und Dr. Marcus Meier, Kurator

GEE-Nr. 19/02/21 – Düsseldorf

**27. November 2019, 12.30 bis 18.00 Uhr**

**Das geht auch mich an**

Eine Orientierungshilfe zur Holocaust-Education  
Mit Martin Autschbach, Gerda E.H. Koch und Dr. Rainer Möller

GEE-Nr. 19/01/17 – Duisburg

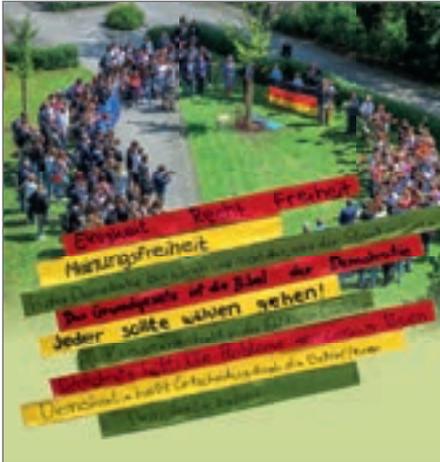
**12. Dezember 2019, 10.00 bis 16.00 Uhr**

**Mit schulischen Belastungen umgehen**

Mit Verena Hertel

Bitte fordern Sie die ausführlichen Programme in der Geschäftsstelle an.

Downloadmöglichkeit als PDF: [www.gee-online.de](http://www.gee-online.de)



Collage: Maren Limberg, Kunstlehrerin am St.-Antonius-Gymnasium, Lüdinghausen  
Fotos: Foto-AG unter der Leitung von Jan Drees, Oberstufenschüler

### Zum Titelbild:

Am 23.05.2019 gestalteten Oberstufenschülerinnen und -schüler zweier Geschichtsgrundkurse (St. Antonius-Gymnasium in Lüdinghausen) eine Feierstunde aus Anlass des 70. Jahrestags unserer Verfassung unter der Überschrift „70 Jahre Grundgesetz – die Demokratie braucht Demokraten!“. Die Feierstunde begann mit einem filmischen Rückblick auf wichtige Ereignisse der letzten 70 Jahre in und für Deutschland. Im zweiten Teil wurden ein Liebesbrief an das Grundgesetz und zwei Erinnerungen von Zeitzeugen, die aus dem familiären Umfeld von Schülern stammten, vorgelesen. Höhepunkt war für die anwesenden

Schülerinnen und Schüler eine Gesprächsrunde mit dem Bürgermeister, der Schulleiterin und Herrn Suttrup (98 Jahre) aus Lüdinghausen zu „Demokratie gestern – heute – morgen“. Den Abschluss der Feierstunde bildete eine besondere Aktion. Vor dem Schulgebäude wurde ein Ginkgo gepflanzt. Vorab waren farbige Bänder an dem Baum angebracht worden, auf denen Aussagen zur Demokratie zu lesen waren, die Oberstufenschüler zusammengetragen hatten. Mit dem Singen der Nationalhymne und der Europahymne „Ode an die Freude“ erhielt die Feierstunde schließlich einen besonderen Abschluss und Akzent.

## Impressum

### Herausgeber:

Gesellschaft für Evangelische Erziehung und Bildung e.V. (GEE)

### Redaktion:

Gerda E.H. Koch, Recklinghausen  
Holm Schüler, Dortmund

### Layout/Gestaltung:

Werbepartner Huth GmbH  
Gerichtsstraße 15  
47137 Duisburg

Aktuelle Hinweise auf Fortbildungen,  
Anmeldungen und Informationen:  
[www.gee-online.de](http://www.gee-online.de)

## Reisen

GEE-Nr. 19/02/07

### 8. bis 16. Oktober 2019

#### Gedenkstättenfahrt nach Majdanek

Mit Recklinghausen, Berlin, Lublin, Belzec, Izbica, Zamosz, Warschau

GEE-Nr. 19/92/08

### 15. bis 17. November 2019

#### Studienfahrt Nürnberg und Würzburg

Auf Spuren (nicht nur) der NS-Zeit, der Menschenrechte und der jüdischen Geschichte in Franken

GEE-Nr. 19/02/22

### 27. Dezember 2019 bis 5. Januar 2020

#### Studienreise nach Israel und Jordanien (mit Petra)

Zum Jahreswechsel im Kibbuz

### In Planung 2020:

- 22. bis 24. Februar 2020  
Studienfahrt nach Rotterdam und Dordrecht
- 21. bis 24. Mai 2020  
Studienfahrt nach Hamburg und Bremen
- 29. Juni bis 2./3. Juli 2020  
Studienfahrt nach Berlin
- 12. bis 27. Oktober 2020  
Studienreise nach Italien
- Herbstferien 2020  
Studienreise nach Armenien

Bitte fordern Sie die ausführlichen Programme in der Geschäftsstelle an.  
Downloadmöglichkeit als PDF:

[www.gee-online.de](http://www.gee-online.de)



## GEE · Pädagogische Akademie

Gesellschaft für Evangelische Erziehung und Bildung e.V.

Am Burgacker 14–16  
47051 Duisburg

[kontakt@gee-online.de](mailto:kontakt@gee-online.de)

Tel: 02 03/54 87 27 · Fax: 02 03/54 87 26